

Z w a n z i g J a h r e b e w e g t

Grünes Bündnis



1 9 8 7 - 2 0 0 7

Impressum

April 2007

Konzept:

Monika Hächler, Natalie Imboden,
Blaise Kropf, Hans Niklaus, Peter
Sigerist

Redaktion:

Monika Hächler, Christine Michel

Fotoredaktion:

Karin Jenni

Lektorat/Korrektorat:

Christine Michel, Peter Sigerist

Gestaltung:

Fritz Bürki, TransForm

Fotos:

Portraitfotos: Andreas Greber, Bern

Andere Fotos: Grünes Bündnis

Druck:

Lorraine Druck, Bern

Auflage: 2800

Weitere Informationen und

Bestellungen bei:

Grünes Bündnis Bern

Postfach 6411

3001 Bern

Tel. 031 301 82 09/Fax 031 302 88 78

sekretariat@gbbern.ch

www.gbbern.ch

Spendenkonto:

PC 30 – 37923 – 6

4 **Editorial** *Monika Hächler, Reto Moosmann*

6 **20 Jahre bewegt** *Natalie Imboden*

10 **Regula Rytz: 20 Jahre engagierte Politik** *Marcel Suter*

14 **Olga Oberli träumt oft von Regula Rytz** *Heinz Däpp*

16 **Einem grünen und sozialen Kanton entgegen** *Corinne Schärer, Blaise Kropf*

18 **Wenn sie nur nicht so fleissig wären** *Kaderli Hans-Ueli*

20 **Das GB schaut für ein gutes Klima im Nationalrat** *Therese Frösch*

22 **Frau, grün, sozial** *Peter Eichenberger*

24 **Ein bewegtes Auge für das Machbare** *Peter Eichenberger*

26 **Das Grüne Bündnis Bern und die Grünen 1987 – 1997 – 2007** *Werner Seitz*

34 **Wünsche von Tweens für die nächsten 10 Jahre**

36 **Bern fährt langsamer** *Hannes Meuli, Stéphanie Penher*

38 **Umbau statt Abbau** *Myriam Duc, Franziska Schnyder*

40 **Für und mit MigrantInnen** *Hasim Sancar*

42 **Grundrechte und soziale Sicherheit für alle** *Karin Gasser, Catherine Weber*

44 **Vielfalt fördern in Kultur und Bildung** *Ursula Hirt, Christine Michel*

46 **Frauen zuerst: Taten statt Worte!** *Natalie Imboden, Barbara Amsler*

48 **ExponentInnen des Grünen Bündnis**

50 **Tabelle: Parteistärken bei den Wahlen Stadt Bern**

52 **20 Jahre Grünes Bündnis – eine Chronologie**

60 **So ist das Grüne Bündnis organisiert**

Editorial

Monika Hächler und Reto Moosmann



Monika Hächler, GB-Sekretärin,
Geschäftsleiterin Grüne Kanton Bern.



Reto Moosmann, GB-Sekretär, GSoA-
Sekretär.

Kontinuität und Erneuerung: So lassen sich die zweiten 10 Jahre in der Geschichte des Grünen Bündnis zusammenfassen. Heute, 20 Jahre nach der Gründung, steht das Grüne Bündnis nach wie vor für bewegte, engagierte und konsequente Politik. Das Grüne Bündnis hat sich aber auch erneuert, sowohl in personeller als auch in organisatorischer Hinsicht, und nimmt seine Verantwortung für eine rot-grüne Politik in der Stadt Bern weiterhin wahr.

Vor zehn Jahren stand das Grüne Bündnis vor einer richtungsweisenden Entscheidung: Werner Seitz kritisierte in der Jubiläumsbroschüre von 1997, das Konzept der Äquidistanz zur Sozialdemokratischen Partei und zur Grünen Partei führe über kurz oder lang in die Sackgasse. Seitz riet dem Grünen Bündnis damals, sich der einen oder anderen nationalen Parteistruktur anzuschliessen. Der Entscheid fiel zu Gunsten der Grünen Partei und hat sich in der Praxis seither bewährt. Auch auf kantonaler Ebene hat sich einiges getan. Seit dem Mai 2006 politisieren die grünen Kräfte unter dem Dach *Grüne Kanton Bern*. Damit fand ein nicht immer einfacher Prozess seinen Abschluss, der 1999 mit einer gemeinsamen Nationalratsliste begonnen hatte.

In personeller Hinsicht ist dem Grünen Bündnis in den letzten zehn Jahren eine Erneuerung gelungen: Im Berner Stadtrat politisieren für das Grüne Bündnis heu-

te neben bekannten Gesichtern neue, junge Köpfe. Auch in den verschiedenen Arbeitsgruppen des Grünen Bündnis engagieren sich zusammen mit Gründungsmitgliedern junge und neu zum Grünen Bündnis gestossene Leute.

Alles hat sich aber nicht verändert. Bewährtes ist so geblieben, wie es schon vor zehn Jahren war: Das Grüne Bündnis macht weiterhin bewegte Politik, Politik von bewegten Menschen, vernetzt mit Gewerkschaften und Organisationen aus der Frauen-, Umwelt-, MigrantInnen- und Friedensbewegung. Und beim Grünen Bündnis gilt noch immer: Frauen zuerst!

Die vorliegende Broschüre zeigt anschaulich, was das Grüne Bündnis in den letzten 20 Jahren bewegt hat und wo sich das Grüne Bündnis heute und morgen weiterhin engagieren wird. Im ersten Teil der Broschüre blicken wir zurück auf 20 Jahre Grünes Bündnis. Anschliessend folgen Porträts von GB-ExponentInnen der drei parlamentarischen Ebenen Bund, Kanton und Stadt Bern. Das Gespräch von Peter Eichenberger mit zwei GewerkschafterInnen des Grünen Bündnis zeigt exemplarisch die Vernetzung mit ausserparlamentarischen Organisationen. Mit einem etwas anderen Blick porträtiert Heinz Däpp, Satiriker beim Schweizer Radio DRS, zwei Mandatsträgerinnen des Grünen Bündnis. Mit Werner Seitz' fundierter Politanalyse wird der erste Teil

der Broschüre abgerundet. Der zweite Teil ist dem Heute und der Zukunft gewidmet. Zu allererst kommen die Jungen zu Wort: Auf je einer Doppelseite zeigen anschliessend MandatsträgerInnen und AktivistInnen, wo das Grüne Bündnis heute seine Schwerpunkte setzt: Langsamverkehr und Energiepolitik, sozialverträgliche Finanzpolitik, Migrationspolitik, Grundrechte und soziale Sicherheit für alle, Kultur- und Bildungspolitik, Gleichstellungspolitik. Ein Informationsteil bildet den Abschluss der Broschüre.

Wir danken allen Mitgliedern und Sympathisierenden, welche die Politik des Grünen Bündnis bisher mitgestaltet haben. Die engagierte Politik des Grünen Bündnis braucht auch in Zukunft die tatkräftige Unterstützung seiner Mitglieder. Wir zählen auf Euch!

20 Jahre bewegt

Natalie Imboden



Natalie Imboden, GB-Präsidentin, Präsidentin der Stadtratsfraktion GB/JA!

Rechts: Annemarie Sancar wird 2002 zur ersten GB-Stadtratspräsidentin gewählt.



Bewegt, vernetzt und bündnisfähig

«Das Grüne Bündnis (GB) fördert die fantasievolle Vernetzung und die Zusammenarbeit von Einzelpersonen und Organisationen, die sich für eine grüne, soziale, feministische und offene Schweiz innerhalb und ausserhalb der Parlamente einsetzen.» Diesen Anspruch aus dem Zweckartikel der ersten Statuten vom Juni 1987 hat das GB in den letzten 20 Jahren gelebt und politisch

umgesetzt. Die Bündnisfähigkeit, die Vernetzung von politischen Bewegungen und institutioneller Politik, aber auch die Konstanz in den thematischen Schwerpunkten zeichnen das GB aus und ziehen sich wie farbige Fäden durch seine junge Geschichte.

Bündnisstruktur statt Abgrenzungen

Das GB ist ein Zusammenschluss von AktivistInnen, die zum einen Teil aus den im Zuge der 1968er Bewegung entstandenen Parteien wie den Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) oder der Sozialistischen ArbeiterInnenpartei (SAP) stammten, zum anderen Teil in den neuen sozialen Bewegungen wie der Anti-AKW-, der Dritt-Welt-, oder der Frauen- oder Friedensbewegung aktiv waren. Mitte der 1980er Jahre analysierten viele selbstkritisch, dass die starren, auf Abgrenzung ausgerichteten 1968er Parteistrukturen schlagkräftige Antworten auf aktuelle Probleme wie die Umweltzerstörung verunmöglichten. Eine neue Organisationsform mit Forumscharakter sollte geschaffen werden. Nicht zuletzt im Hinblick auf die Nationalratswahlen 1987 nahmen am 3. Juni 1987 im Restaurant *Innere Enge* über hundert Personen an der ersten Vollversammlung des grünen Projekts *Grüne Liste/Grünes Bündnis* teil. Das Wahlziel wurde zwar verpasst; der POCH-Sitz von Barbara Gurtner ging verloren. Trotzdem entwickelte sich das neue



Kippelgipfel: Jedes Jahr im Januar findet im Lötschental der inzwischen legendäre Kippelgipfel statt, zu dem neben einer Retraite auch ein sportlicher und gemütlicher Teil gehört.

Bündnis erfolgreich. Anfang 1988 zählte es 72 Mitglieder (41 Frauen, 31 Männer), erreichte Fraktionsstärke im Berner Stadtrat und etablierte sich 1990 mit drei Sitzen im Grosse Rat. Bei den Nationalratswahlen im gleichen Jahr scheiterte aber das links-alternative Projekt *Die andere Schweiz (DaCH)* und damit die Hoffnung, auf

nationaler Ebene eine parteilich organisierte linke Alternative zu SPS und GPS entwickeln zu können.

Konsolidierung, Wachstum, Regierungsverantwortung

Der sehr erfolgreiche Frauenstreik 1991 und die riesige Schnüffelstaat-Demonstration brachten Bewegung ins politische System. In der Stadt Bern war das GB zusammen mit der SP entscheidend am Zustandekommen des RotGrünMitte-Bündnisses (RGM) beteiligt. Am 6. Dezember 1992 wurde die VPOD-Sekretärin Therese Frösch auf der erfolgreichen RGM-Liste Gemeinderätin. Das bisher oppositionelle GB stand damit vor einer neuen Herausforderung.

Das GB war in den folgenden Jahren mit vielen Initiativ- und Referendumsprojekten auf Stadt- und Kantonsebene sehr erfolgreich und konnte sich auch geografisch über seine stärksten Sektionen Bern und Biel hinaus u.a. nach Köniz ausbreiten. Im Jahr 2002 besetzte dann das GB mit Annemarie Sancar erstmals das Stadtratspräsidium. Seit Dezember 2005 stellt das GB mit Rita Haudenschild die Könizer Umweltdirektorin.

Zwischen Knochenarbeit und Debattierfreude

Das Grüne Bündnis beschränkte sich aber auch in dieser Phase nie auf die lokale Politik, sondern engagierte sich in den neuen sozialen Bewegungen (Umweltverbände,



Die frühere POCH-Nationalrätin Barbara Gurtner gehörte 1987 zu den GründerInnen des Grünen Bündnis. Heute engagiert sie sich für das GB im SeniorInnenrat der Stadt Bern.

Rechts: Am 14. Juni 1991 geht gesamtschweizerisch über eine halbe Million Frauen auf die Strasse. Es findet der erste Frauenstreik statt. In Bern gehört Therese Frösch zu den Organisatorinnen.

Gewerkschaften, GSoA etc.) auch auf nationaler Ebene. Nicht von ungefähr wurden überdurchschnittlich viele bekannte GB-Mitglieder in verantwortungsvolle Positionen von nationalen Verbänden gewählt. Zur politischen Kultur des GB gehört neben Aktivismus bei Strassenaktionen auch die Freude am Analysieren und Debattieren. So verfassten die GB-Arbeitsgruppen Bildung, Frauenpolitik, Ökologie und Migration/Internationales fundierte Positionspapiere und veranstalteten Dutzende von Veranstaltungen, die weit über das GB hinaus auf Resonanz stiessen. Die nationale Vernetzung zahlte sich 1995 aus, als Franziska Teuscher in den Nationalrat einzog und, vorerst als Unabhängige, in der Grünen Fraktion zu politisieren begann.

Mit der Wirtschaftskrise der 1990er Jahre verschärften sich die sozialen Probleme. Die Kritik an der neoliberalen Wirtschaftspolitik wurde immer lauter und auch die GPS öffnete sich zunehmend den globalisierungskritischen und sozial-engagierten Stimmen, was sich im neuen Slogan *Ökologisch konsequent, sozial engagiert, global solidarisch* niederschlug. Das GB gelangte zur Einsicht, dass die solidarischen grün-sozialen Kräfte gebündelt werden sollten, und beantragte 2001 den Beobachterstatus bei den Grünen Schweiz. Seit August 2002 ist das GB nun Vollmitglied. Erneute Wahlerfolge stellten sich für das GB bei den Grossratswahlen im Früh-

ling 2002 ein. Franziska Teuscher verpasste zudem den Einzug in den Regierungsrat um nur 1500 Stimmen. Bei den Nationalratswahlen 2003 wurde Therese Frösch auf einer gemeinsamen Liste von GFL und GB überraschend zur zweiten grünen Nationalrätin gewählt. Und Regula Rytz verteidigte im Dezember 2004 den GB-Gemeinderatssitz und wird erste grüne Berner Verkehrsdirektorin.

Nachdem GB und GFL in Biel bereits erfolgreich zusammengespannt hatten, schlug im März 2004 das GB



Am jeweils spätsommerlichen Herzogstrassenfest im Berner Nordquartier ist das GB mit Infoständen und Unterschriftensammlungen präsent. Zum Durstlöschen gibt's feinen Bio-Sirup aus einem Mehrwegbecher, welcher dank dem GB bei allen Grossveranstaltungen Abfall verhindern soll. Diesmal dabei: Urs Frieden, Barbara Amsler, Monika Hächler, Corinne Schärer (v.l.n.r.).

Rechts: Mit Erfolg bekämpfte das GB mit einem Referendum den Olympiakredit. Der Kanton Bern lehnt 2002 den 7,5 Mio. Kredit für Olympia 2010 deutlich ab



der GFL die Gründung einer gemeinsamen Kantonalpartei *Grüne Bern* vor. Ein rund zweijähriger Prozess wurde am 15. Mai 2006 abgeschlossen, als beide Parteien mit grosser Mehrheit einer Föderation zustimmten. Kurz zuvor hatten sich im Kanton bereits grüne Wahlerfolge eingestellt. Bernhard Pulver wurde auf der rot-grünen Liste Regierungsrat.

Solidarität jetzt – Ökologie konkret – Frauen zuerst
Dank Bündnissen konnten die GB-Themen *Solidarität jetzt, Ökologie konkret* und *Frauen zuerst* sowohl kommunal, als auch kantonal und national verteidigt werden.



Im Kanton und national geschieht dies künftig im Rahmen der Grünen Kanton Bern bzw. der Grünen Schweiz. In der Stadt Bern wird das GB weiterhin als eigenständige Sektion Politik gestalten. Die Retraite im Jubiläumsjahr 2007 war denn auch dem Thema *Bern – City of tomorrow* gewidmet: Solidarität zwischen den Generationen und den Geschlechtern, Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Wohn-, Lebens- und Arbeitsformen, der ökologische Umbau zur sozial- und umweltverträglichen *Niederflurgesellschaft* sind die Themen, die uns über die Stadtgrenzen hinaus weiter bewegen werden.

Regula Rytz: 20 Jahre engagierte Politik

Marcel Suter, Journalist (Interview)



Als Gemeinderätin für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün ist Regula Rytz fast immer mit dem Velo unterwegs und kennt die Probleme des Langsamverkehrs. Als Berns Vizeministerin setzt sie sich engagiert für die Förderung umweltverträglicher Mobilität ein.

Regula Rytz (1962) war noch Studentin, als sie 1987 zusammen mit Peter Sigerist, Barbara Gurtner und anderen das Grüne Bündnis gründete. Sie amtierte als dessen erste Sekretärin, vertrat es während 11 Jahren im Grossen Rat und wurde 2004 als Nachfolgerin von Therese Frösch zur Gemeinderätin der Stadt Bern gewählt. Rytz leitet die Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün (TVS). Was denkt die Frau, die viele für ein politisches Naturtalent halten, über ihren Beruf und ihre Berufung?

Du bist seit 20 Jahren politisch tätig: Was gefällt dir daran so?

Politik ist unglaublich spannend. Es ist faszinierend, mit anderen Menschen zusammen die Gesellschaft zu gestalten. Spannend sind aber auch die Erkenntnisse, die ich gewinne. Zu sehen, welche Mechanismen die Welt verändern: Ist es das Geld oder ist es das soziale Denken? Ich komme aus einem bildungsbürgerlichen Elternhaus. Zu Hause ging es um Kultur, man politisierte nicht. An der Uni lernte ich dann Leute kennen, deren politische Haltung mich überzeugte. Die Diskussionen mit ihnen stachelten meinen Ehrgeiz an. Ich wollte bei allem wissen: Stimmt das faktisch? Wenn nicht, nahm ich viel Arbeit auf mich, um herauszufinden, was Sache ist.

Es geht dir aber bei der Politik nicht nur darum, die Wahrheit zu finden?

Nein, es gibt ja keine absoluten Wahrheiten. Aber es gibt menschliche Grundbedürfnisse: eine sichere Existenz, die Integration in ein Kollektiv, eine intakte Natur oder kulturelle Anregungen. Für viele von uns sind das Selbstverständlichkeiten, für andere nicht. Ich habe einen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn und finde, alle sollten die gleichen Chancen haben. Deshalb habe ich mich schon früh für Bildungspolitik oder die Durchsetzung der Grundrechte engagiert.

Das Grüne Bündnis ist eine Partei, die bei allem sehr überlegt und planmässig vorgeht. Findest du das auch spannend?

Zuerst kamen bei mir die Inhalte, dann erst das strategische Denken. Wer spielt welche Rolle? Welche Argumente überzeugen wen? Wie erreicht man mit wenig Geld sein Ziel? Eine gut geführte politische Kampagne kann sehr aufregend sein. Und wenn sie Erfolg hat, ist es sehr befriedigend.

Also geht es auch immer um Macht?

Das Grüne Bündnis war immer eine kleine Partei. Wir mussten uns deshalb mit anderen Bewegungen vernetzen. Wir kamen nie in Gefahr, Macht zu missbrau-



Im Dezember 2004 wird Regula Rytz als Gemeinderätin gewählt. Sie übernimmt damit den Stab von Therese Frösch, die neu im Bundeshaus aktiv ist.

chen. Ich wollte auch keine politische Karriere machen. Nie hätte ich gedacht, dass ich einmal im Gemeinderat sitzen werde. Erfolg war immer inhaltlich definiert.

Trotzdem ist das Grüne Bündnis gerade mit seinen Vertreterinnen sehr erfolgreich und hat mittlerweile

einen festen Sitz in der Stadtregierung. Was ist das Erfolgsrezept?

Das Grüne Bündnis hat Frauen aktiv gefördert. Das hat auch seine Kehrseiten: Als ich in den Grossen Rat gewählt wurde, war das für mich wie ein Wurf ins kalte Wasser. Zum Glück gab es viel Unterstützung.

Das tönt zu bescheiden. Über die Partei hinaus gibt es doch auch die Person Regula Rytz, die sehr integer wirkt.

Gut, ich versuche, mir für die Menschen und ihre Anliegen Zeit zu nehmen, nach einer Veranstaltung zum Beispiel nicht gleich davonzurennen. Ausserdem: Ich bin überzeugt von dem, was ich mache. Ich denke, das spüren die Leute.

Was braucht es noch für den Beruf der Politikerin?

Inhaltliche Analyse, gute Kommunikation und Zusammenarbeit mit anderen sind sicher wichtige Voraussetzungen. Gute Politikerinnen und Politiker sind keine Einzelkämpferinnen und -kämpfer.

Aber sie stehen sehr gerne im Rampenlicht.

Im Grossen Rat hatte ich als Vertreterin einer Minderheitspartei sehr wenig Gelegenheit, mein Ego zu pflegen. Aber es stimmt schon: Es ist ein gutes Gefühl,



Regula Rytz setzt sich für eine fortschrittliche Personalpolitik in der Stadt Bern ein. Die Stadt Bern führte als erste Schweizer Stadt einen dreiwöchigen Vaterschaftsurlaub ein.

wenn meine Ideen gut ankommen. Das ist ein Polster für Zeiten, in denen es Kritik hagelt. Auf der anderen Seite liegt mir mehr daran, ein Projekt erfolgreich abzuschliessen, als im Rampenlicht zu stehen. Eine Zeitung nannte mich deswegen auch schon *die stille Siegerin*.

Mit deiner Wahl in den Berner Gemeinderat wechselst du von der Legislative in die Exekutive. Was hat sich damit geändert?

Eine Sache konkret umzusetzen ist anstrengender, als nur zu fordern. Gut wäre es zum Beispiel, den motorisierten Verkehr in der Stadt Bern um die Hälfte zu reduzieren – doch wie erreiche ich das? In einer Demokratie kann ich ja nicht einfach verordnen, sondern muss überzeugen. Trotzdem ist die Mehrheitsrolle weniger frustrierend als die Minderheitsrolle.

Du trägst aber auch Verantwortung. Wie gehst du damit um?

Das ist unterschiedlich. Wenn ein grosses Projekt aus Gründen, die ich nicht beeinflussen kann, scheitert, dann kann ich gut damit umgehen. Es belastet mich erst, wenn ich selber Fehler mache. Verantwortlich fühle ich mich für die Umsetzung des RotGrünMitte-Wahlprogramms, aber auch für das Personal meiner Direktion. Das ist nicht immer einfach.

Hier steckst du doch als ehemalige Gewerkschafterin ziemlich in der Zwickmühle. Beim neuesten Sparpaket der Stadt Bern geht es auch um so genannte Personalmassnahmen.

Wir haben vom Kanton den Auftrag, Schulden abzubauen. Diesen Auftrag müssen wir erfüllen. Es gibt zwei Möglichkeiten zu sparen: Leistungen und damit Stellen



Links: Das Grüne Bündnis fordert anlässlich der Einweihung des neuen, autofreien Bundesplatzes ein verstärktes Engagement für weitere ebenfalls autofreie Stadtplätze in den Wohnquartieren.

Rechts: Als Baudirektorin ist Regula Rytz für den Umbau des Bahnhofplatzes zuständig. Hier ist sorgfältige Planung notwendig, damit trotz Bauarbeiten unzählige PendlerInnen ihren Weg finden. Foto: H.U. Trachsel

abbauen oder bei den Arbeitsbedingungen bremsen. Nun geht es darum, mit den Vertretungen der ArbeitnehmerInnen das richtige Mass zu finden. Das ist die unangenehme Seite der Verantwortung. Man muss auch da ehrlich, transparent und offen sein.

Nimmst du solche Probleme mit nach Hause? Wie gehst du mit der Belastung um?

In der Regel kann ich gut abschalten. Aber mein Beruf bringt einen riesigen Arbeitsaufwand mit sich. Das liegt auch an mir: Ich will bei allem immer tiptopp vorbereitet sein. Als Ausgleich zu den langen Tagen und kurzen Nächten gehe ich rennen, fahre Velo und treffe Leute.

Kannst du dir vorstellen, einmal nicht mehr Gemeinderätin zu sein?

Ich kann mir durchaus vorstellen, wieder für eine Gewerkschaft zu arbeiten oder eine Tätigkeit im Bildungswesen auszuüben, vielleicht auch wieder Lehrerin zu sein. Auf jeden Fall lebe ich so, dass es auch ohne das Einkommen als Gemeinderätin ginge. So braucht man sich nicht an die Ämter zu klammern.



Olga Oberli träumt oft von Regula Rytz

Heinz Däpp



Kari Krach, Pressluftbohrerführer bei Eisenbeton Rüdüsühli AG, schätzt Regula Rytz als Mitarbeiterin auf der Baustelle Bahnhofplatz. Die stille Schafferin, sagt Krach, sei ihm zum Vorbild geworden. Beruflich vor allem, aber auch politisch. Krach verabscheut Politiker, die meinen, mit ohrenbetäubendem Lärm auf sich aufmerksam machen zu müssen. Seit Krach eng mit Rytz zusammenarbeitet, pressluftbohrt er still vor sich hin.

Arnika Grünig, Geschäftsführerin der Vegetarisch-Pazifistischen Allianz und Fussreflexzonenmasseurin, kennt

Als Gewerkschafterin und Zentralsekretärin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes engagierte sich Regula Rytz für die Anliegen der ArbeitnehmerInnen, z.B. als 1. Mai-Rednerin gegen die 11. AHV-Revision.

Rechts: Als Grossrätin hat sich Regula Rytz einen Namen als Bildungsexpertin gemacht. Dabei hat sie gegen Zulassungsbeschränkungen an der Universität Bern gekämpft.



Regula Rytz, seit es das Grüne Bündnis gibt. Arnika würde es nicht wundern, wenn Regula dereinst die erste grüne Bundesrätin wäre.

René Schnell hat keine Freude mehr an seinem Beruf, seit Regula Rytz den Verkehr beruhigt. Schnell ist Auto-mechaniker. Er will jetzt umsatteln, auf Velomech.

Der Politologe **Sierre Pigerist** ist überzeugt, dass nur das Grüne Bündnis Politikerinnen vom Schlage einer Regula Rytz hervorbringen kann. Bei Rytz, sagt Pigerist, verbinde sich salomonische Weisheit, calvinistische Arbeitsmoral und trotzistische Unbeirrbarkeit zum philanthropischen Ereignis. Was gesät worden sei, damals in der Sozialistischen Arbeiterpartei, trage nun reiche Früchte. In Regula Rytz sei die marxistisch-leninistische Hoffnung Mensch geworden. Nieder mit dem Kapitalismus! Es lebe die Revolution!

Oberlehrerin **Olga Oberli**, obwohl freisinnig, träumt oft von Regula Rytz. Wenn sie wüsste warum, wäre ihr wöhrer.

Heidi Siegenthaler fuhr früher immer schwarz. Schwarz fahren, Geld sparen. Doch seit Regula Rytz Verwaltungsratspräsidentin von Bernmobil ist, fährt sie nie mehr schwarz. Heidi ist jetzt Bus-Chauffeuse.



Wenn Regula Rytz nicht draussen auf einer ihrer grossen Baustellen unterwegs ist, setzt sie sich auch im Büro für den Erhalt des Grünraums in der Stadt Bern ein.

Der Altachtundsechziger **Leo Langenegger** ist seit achtundsechzig Jugendsekretär der Gewerkschaft Unikum. Er kandidiert diesen Herbst zum neunten Mal erfolglos als Nationalrat und will es im nächsten Jahr zum elften Mal erfolglos als Stadtratskandidat versuchen. Macht nichts. Mit Regula Rytz fühlt er sich würdig repräsentiert in der Politik. Da muss er nicht auch selber noch.

Susi Habegger ist Sachbearbeiterin in der Stadtverwaltung und wohnt an der Gerechtigkeitsgasse. Morgens, bevor sie ins Büro geht, schaut sie nach, ob der Stadtbach dort unten beim Treff immer noch aufwärts fliesst. Und wenn er immer noch aufwärts fliesst, kommt ihr Regula Rytz in den Sinn und sie freut sich auf den neuen Tag.

Chlütterli Fritz erinnert sich noch lebhaft an Regula Rytz. Neun Jahre lang sassen sie zusammen im Grossen Rat. Chlütterli hat in dieser Zeit viermal anders gestimmt als die Fraktion. Wegen Regula Rytz. Chlütterli vermutet, dass Frau Rytz über hypnotische Fähigkeiten verfügt, dass sie bürgerliche Politiker zu sozial- und umweltverträglichem Abstimmungsverhalten zu nötigen imstande ist. Die Folgen waren hart: Schimpfis, und die Bratwurst am Mittag allein essen müssen.

Kaderli Hans-Ueli hat in all diesen Jahren nie anders gestimmt als die Fraktion, neunmal allerdings mit schlechtem Gewissen. Wegen Regula Rytz. Kaderli fragt sich, ob unter solchen Umständen Politik das Richtige sei für die Rytz. Vielleicht, überlegt er sich, wäre sie besser zum Film gegangen.

Die kleine Umschau stützt den eigenen Befund: Regula Rytz bewegt Bern.

Einem grünen und sozialen Kanton Bern entgegen

Corinne Schärer und Blaise Kropf



Im bürgerlich dominierten und ländlich geprägten Kanton Bern hat es fortschrittliche, grüne Politik traditionell schwer. Trotzdem brachte das Grüne Bündnis durch seine kompetente, hartnäckige Arbeit und eine gut angelegte Bündnispolitik den Kanton Bern wichtige Schritte voran. Bis Mitte 2006 als eigenständige kantonale Partei – seither unter dem Dach der Grünen Kanton Bern.



Mit ihren ewiggleichen Rezepten für Wirtschaftswachstum – Leistungsabbau, Strassenbau und Steuer-senkungen für Reiche – haben die bürgerlichen Parteien in den letzten Jahren zunehmend auf Granit gebissen. Das letzte und zugleich eindrücklichste Zeichen für den Unmut der Bevölkerung über diese sozial kalte Politik waren die Wahlen vom April 2006, die eine neue rotgrü-

Corinne Schärer, Grossrätin, Gewerkschaftssekretärin VPOD.
Blaise Kropf, Grossrat, Co-Präsident Grüne Kanton Bern.

Rechts: Als Grossrätin und Präsidentin des Tagesschulvereins hat sich Corinne Schärer 2006 für die kantonale Tagesschul-Initiative engagiert. Damit soll der Ausbau der Tagesschulen in den Gemeinden und Städten vorangetrieben werden.

16 | 17



ne Regierungsmehrheit und eine klare Stärkung der Grünen im Grossen Rat hervorgebracht haben. Mit seiner glaubwürdigen Arbeit hat das Grüne Bündnis, zusammen mit der GFL, in den letzten Jahren den Boden für diesen bahnbrechenden Wahlerfolg bereitet.

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus dem GB haben viel zum Widerstand der Bevölkerung gegen den Abbau im öffentlichen Dienst beigetragen, der 2002 mit der imposanten Veto-Kundgebung den Höhepunkt erreichte. Das Grüne Bündnis war die treibende Kraft bei der erfolgreichen Bekämpfung von Steuersenkungen und verhinderte so einen zusätzlichen Abbau bei der Bildung, im Gesundheitswesen und im Sozialbereich. Mit konkreten Ideen für eine Stärkung nachhaltiger Technologien, für eine Steigerung der Energieeffizienz und für eine umweltverträgliche Mobilität haben Vertreterinnen und Vertreter des Grünen Bündnis frühzeitig aufgezeigt, in welche Richtung sich der Kanton entwickeln muss. Auch in der Bildungspolitik konnten trotz Spardruck Türen für innovative Lösungen geöffnet werden: So etwa für eine integrativere Schule (Kampagne www.integrativeschule.ch) oder für den Ausbau alterna-

Mit ihren ewiggleichen Rezepten für Wirtschaftswachstum haben die bürgerlichen Parteien in den letzten Jahren zunehmend auf Granit gebissen

Rechts oben: Die Grossratsfraktion des Grünen Bündnis im Jahr 2005: François Contini, Sabine Gresch, Fraktionspräsidentin Franziska Widmer, Rita Haudenschild, Corinne Schärer, Blaise Kropf (v.l.n.r.).

Rechts unten: Corinne Schärer – selber dreifache Mutter – kämpft für faire Familienpolitik.

tiver Angebote für Jugendliche ohne Lehrstelle. Eine veritable Wende wurde in der Familienpolitik herbeigeführt. Nachdem kantonale Abbaupläne bei den Tagesschulen gestoppt waren, konnte mit der Initiative für mehr Tagesschulen der Ausbau vorangetrieben werden; mittlerweile ist die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf Teil des Regierungsprogramms.

Dass eine ökologisch und sozial ausgerichtete Politik im Kanton Bern durchaus Chancen hat, haben Abstimmungen über kantonale Vorlagen regelmässig aufgezeigt: So beim Referendum gegen das olympische Strohfeuer oder beim Volksvorschlag für gute öffentliche Spitäler. Insgesamt haben die Stimmberechtigten in der letzten Legislatur öfter im Sinne des GB als der Parolen der SVP entschieden.

Mit konkreten Ideen für die Stärkung nachhaltiger Technologien und für umweltverträgliche Mobilität hat das GB frühzeitig aufgezeigt, in welche Richtung sich der Kanton entwickeln muss

Im Mai 2006 haben sich die kantonalen Parteien *Grünes Bündnis* und *Grüne Freie Liste* zu den *Grünen Kanton Bern* zusammengeschlossen. Seither engagieren sich Mitglieder des GB Stadt Bern unter dem gemeinsamen Dach für einen sozialen und ökologischen Kanton Bern.



Wenn sie nur nicht so fleissig wären

Kaderli Hans-Ueli, Grossrat



Corinne Schärer nimmt bei ihren Reden kein Blatt vor den Mund.

Rechts: Therese Frösch (Mitte) und Franziska Widmer (rechts) spielen nicht nur in der Politik in der ersten Reihe. Sie laufen am Frauenlauf 1996 mit und werben für mehr Transparenz bei den Frauenlöhnen.

Die Grossräte und vor allem die Grossrätinnen vom Grünen Bündnis finde ich nicht unsympathisch, aber sie sind unanständig fleissig. Man sollte seinen Fleiss im Interesse der Effizienz auch etwas zügeln können. Reden sollte man nur, wenn es nicht anders geht, und das ist selten. Ich zum Beispiel habe es mir zur Regel gemacht, nichts zu sagen, was nicht nötig ist, und weil so gut wie nie etwas nötig ist, sage ich auch nie etwas. Somit bin ich einer der wenigen Grossräte, die nie etwas Unnötiges sagen. Das sollten sich auch die Leute vom Grünen Bündnis hinter die Ohren schreiben. Dazu kommt noch, dass man den Grossrätinnen vom Grünen Bündnis nicht nur zuhören muss, sondern auch noch zuschauen. Die reden nicht nur mit dem Mund, sondern auch noch mit den Händen und den Augen und legen die Ohren nach hinten und lassen die Haare zu Berge stehen. Wenn Grossrätinnen vom Grünen Bündnis am Rednerpult stehen, könnte man meinen, Moses schmettere die Zehn Gebote vom Horab auf uns, das sündige Volk, herunter.

Auch politisch habe ich das Heu nicht immer auf der gleichen Bühne wie das Grüne Bündnis. Die vergessen oft, dass alles viel komplizierter ist, als man meint. Früher konnte man sich noch auf die Regierung verlassen und genehmigen, was sie vorgeschlagen hatte. Das ist jetzt auch nicht mehr so, und deshalb wird alles nochmals viel komplizierter. Nehmen wir als Beispiel

die Atomkraftwerke. Natürlich sind die gefährlich. Aber in der Politik kommen wir ohne Optimismus nicht weiter. Zudem haben wir ja jetzt die Jodtabletten. Oder nehmen wir die Steuern. Wenn wir sie für die Reichen zu hoch machen, dann laufen diese uns davon. Der Mittelstand hingegen muss trotz den hohen Steuern bleiben, wo er ist. Wegen dem Arbeitsplatz, den Kindern in der Schule usw. Auch bei der Gleichstellung sollte man die natürlichen Grenzen beachten. Grundsätzlich sollte man möglichst nichts ändern. Wenn man etwas nicht ändert, kann man sicher sein, dass es nicht schlechter wird.



Als Grossrat und Gewerkschafter des Personals öffentlicher Dienste vpod hat Blaise Kropf den Volksvorschlag für gute öffentliche Spitäler lanciert. Die Berner Stimmbewölkerung hat das Anliegen unterstützt.

Rechts: Im Frühjahr 1988 lancierte das Grüne Bündnis seine erste Petition *Generell Tempo 30 ermöglichen*. Inzwischen wurden in der Stadt zahlreiche Tempo 30-Zonen eingeführt und auch Wohnstrassen mit Tempo 20 errichtet.

Positiv kann ich für das Grüne Bündnis ins Feld führen, dass sie mit uns anderen immer konstruktiv zusammenarbeiten. Wir haben auch schon mal eine Grüne gefragt zum Jassen, als uns ein Viertel fehlte. Sie sagte ja, und Chlütterli musste mit ihr spielen. Er hat uns richtig leid getan. Aber mitmachen ist wichtiger als siegen. Positiv finde ich die beiden grünen Nationalrätinnen Teuscher und Frösch. Besonders gefällt mir, wie sie dem Schmid Sämü auf die Finger schauen. Und noch schöner finde ich, wie sie den Blocher ärgern. Der ist nämlich auch nicht mein Fall.

Was mich im Zusammenhang mit dem Grünen Bündnis aber sehr beunruhigt, das sind die Ereignisse bei uns oben in Blümliwil. Rösi, meine Gattin, hat zusammen mit Trudi, Vreni und Leni eine Ortsgruppe Blümliwil vom Grünen Bündnis gegründet. Trudi, Vreni und Leni sind die Gattinnen von Bölsterli Fred, Chlütterli Fritz und Zigerli Hans, meinen drei Kollegen auf der hintersten Bank im Grosse Rat. Die Gründung der Ortsgruppe Grünes Bündnis erfolgte hinter unseren Rücken! Wenn sie bei den nächsten Grossratswahlen kandidieren, dann könnte es einem von uns den Sitz kosten. Falls es mich treffen würde, dann wäre das ein Scheidungsgrund.



Das GB schaut für ein gutes Klima im Nationalrat

Therese Frösch



Therese Frösch, Nationalrätin, Präsidentin der Grünen Fraktion.

Rechts: Therese Frösch und Franziska Teuscher begründen seit 2003 gemeinsam die Bundespolitik. Therese Frösch als Fraktionspräsidentin und Mitglied der Finanzkommission, Franziska Teuscher als Mitglied der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit und der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR.

Die Grünen gehörten im Herbst 2003 mit 15 Nationalratsmandaten zu den WahlsiegerInnen. In Bern wurde Franziska Teuscher glänzend wiedergewählt, und – überraschend – haben auch mich die WählerInnen in den Nationalratsstuhl gehievt. Die Wahl von Blocher und Merz in den Bundesrat dämpfte allerdings rasch die Hoffnungen der Linken und Grünen. Das Klima im Bundeshaus wurde zunehmend frostig. Bald galt es, gegen das unmenschliche Asyl- und Ausländergesetz das Re-



ferendum zu ergreifen, selbst wenn uns die Mehrheit der Stimmenden hier nicht folgten. Spiel und Freude herrschten fortan nur noch rund ums Wasserspiel auf dem neu gestalteten Bundesplatz.

Die Zusammenarbeit zwischen Franziska und mir klappt inner- und ausserhalb der Fraktion bestens, basierend auf den reichen politischen Erfahrungen, die wir gemeinsam im Grünen Bündnis sammeln konnten. Wir haben eine gute Arbeitsteilung gefunden. Franziska, welche seit Jahren in bürgerlich dominierten Parlamenten politisiert, setzt starke Akzente in der Verkehrs-, Umwelt-, Gleichstellungs- und Sozialpolitik. Sie argumentiert oft und gewandt am Rednerpult. So ist es den Grünen beispielsweise in dieser Legislatur endlich gelungen, zusammen mit der SP und aufgeschlossenen

Mit der Wahl von Blocher und Merz herrschen Spiel und Freude fortan nur noch rund ums Wasserspiel auf dem Bundesplatz

Frauen aus bürgerlichen Reihen die Kinderzulagen anzuheben und die Forderung nach 120 Millionen Franken für zusätzliche Krippenplätze durchzubringen. Ich bin als einziges Mitglied der Fraktion in der Finanzkommission, deren Mehrheit – ausser bei der Armee – überall den Spar- und Privatisierungshebel ansetzt. Immer-



Franziska Teuscher unterstützt die Stopp-Offroaders-Initiative der Jungen Grünen, welche 2007 lanciert wird.

Rechts: Ganze Männer machen Halbe-Halbe bei der Kinderbetreuung. Dafür braucht es einen bezahlten Vaterschaftsurlaub. Diese Forderung brachte Franziska Teuscher im Bundeshaus auf die Traktandenliste. Auch hier braucht es mehrere Anläufe, bis das Ziel erreicht ist.

hin gelang es, die krassesten Sparanträge der Bürgerlichen bei Umwelt, Kultur, Verkehr und Entwicklungshilfe zu verhindern. Und mein Einzelantrag zur Erhöhung des Bundesbeitrags für die Volksbibliotheken im Budget 07 erhielt im Nationalrat eine Mehrheit. Auf Wunsch der grünen Fraktion war ich zudem 2005 bereit, das Fraktionspräsidium zu übernehmen.

Eine erfolgreiche und geschlossene Oppositionspolitik im Rat setzt eine kompetente, innovative und streitlustige Fraktionsarbeit voraus. Klimapolitik und ökologischer Umbau der Wirtschaft geben in unserer Fraktion viel zu reden. Wir wollen keine neuen AKW, keine grossen Gaskraftwerke und wir haben keinen Bundesrat, der die Option AKW offen und die Erhöhung des Rentenalters für nötig hält. Franziska Teuscher, AKW-Gegnerin der ersten Stunde, stösst wichtige Debatten im Rat an, ist aber auch glaubwürdige Aktivistin

Wir haben keinen Bundesrat, der die Option AKW offen und die Erhöhung des Rentenalters für nötig hält

ausserhalb des Bundeshauses, wie zum Beispiel bei der Verhinderung der Ansiedelung eines Grosskonzerns in Galmiz. Meine zentrale Aufgabe als Fraktionspräsidentin ist es, die Interessen der Fraktion im Büro des Na-



tionalrats sowie im Nationalrat optimal zu vertreten sowie die Zusammenarbeit zwischen unserer Fraktion und ausserparlamentarischen Organisationen wie Umweltverbänden, Gewerkschaften, Migrations- und Friedensbewegungen zu organisieren.

Nach dem Regierungsblick von oben habe ich mich mittlerweile an den Parlamentsblick von unten gewöhnt. Beide Sichtweisen sind notwendig und spannend, wenn auch sehr unterschiedlich.

Frau, grün, sozial

Peter Eichenberger, Journalist (Text und Bild)



Stopp Diskriminierung der Teilzeitarbeit!

Am internationalen Frauentag 2006, fordern GewerkschafterInnen vor dem Bundeshaus *Gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit* und ein Ende der Diskriminierung der Teilzeitarbeit. Zu beiden Themen ist Franziska Teuscher im Nationalrat aktiv.

Rechts: Als umsichtige Finanzdirektorin hat Therese Frösch trotz Spardruck zu einer Renaissance des Berner Hausbergs beigetragen. Unter anderem mit der Sanierung der Gurtenbahn.



Einst haben sie im VPOD Frauenpolitik gemacht. Heute sitzen sie zusammen im Nationalrat: Franziska Teuscher und Therese Frösch.

Dass ihre Mutter vor der Tür warten musste, während der Vater im Schulhaus die Abstimmungszettel in die Urnen legte, hat Franziska Teuscher als grosse Ungerechtigkeit erlebt. Politisch aktiv wurde sie dann während des Biologiestudiums, als sie die Initiative *Uni – für*

alle mitorganisierte. «Mehr zufällig» ist sie in den VPOD eingetreten, wo sie sich im Frauenforum engagierte. Dort spielte eines ihrer damaligen Vorbilder eine aktive Rolle: eine gewisse Therese Frösch...

Ins frisch gegründete Grüne Bündnis eingetreten ist Teuscher vor den Nationalratswahlen 1987. «Aus Solidarität mit den Frauen», wie sie sagt, galt es doch, den Sitz von Barbara Gurtner zu verteidigen. 1988 wurde sie in den Stadtrat, anderthalb Jahre später in den Grossen Rat gewählt. Seit 1995 ist sie Nationalrätin. Einfach war der Einstieg in die Bundespolitik nicht: «Ich wurde in der Fraktion skeptisch empfangen, weil das Grüne Bündnis damals noch nicht zur GPS gehörte», erzählt sie.

Seit 1988 hat Franziska Teuscher in bürgerlich dominierten Parlamenten politisiert. Sie sei es gewohnt, ihre Anliegen einzubringen im Wissen, dass sie nicht gleich eine Mehrheit finden – Forderungen, die der Bevölkerung, den Frauen, den Gewerkschaften oder den Umweltorganisationen ein Anliegen sind. «Wir Grüne haben eine Vorreiterrolle», ist Teuscher überzeugt.

«Gerechtigkeit fängt im Kleinen an», fand Therese Frösch schon früh. In der Schule schrieb sie Aufsätze über Ausländer, die in Abbruchhäusern wohnten und Schnecken sammelten. Aufgefallen war sie auch an der Schule für Sozialarbeit in Solothurn. Als der Rektor entlassen wurde, gingen die Studierenden monatelang



Franziska Teuscher und Ruth Genner, Präsidentin der Grünen Schweiz, an der Frauenwache im Sommer 2004.

nicht zum Unterricht und führten Hearings durch. In Solothurn wurde gerade das selbstverwaltete *Kreuz* eröffnet, und die AKW-Bewegung begann, gegen die Atomlobby zu mobilisieren.

Nach der Schule zog es Therese Frösch nach Afrika, wo sie den Befreiungskampf in Eritrea unterstützte.

Wieder in Bern wurde sie bald Sekretärin beim VPOD, weil die Basis fand, das Amt dürfe nicht allein von einem Mann besetzt werden. Dass dies der Start einer Karriere in der institutionellen Politik war, ahnte sie damals nicht. Am denkwürdigen 6. Dezember 1992 wurde Therese Frösch für das Rot-Grün-Mitte-Bündnis – für sie «völlig überraschend» – in den Gemeinderat gewählt.

Die 12 Jahre Gemeinderat haben Therese Frösch geprägt. Sie übernahm im Gemeinderat Verantwortung und wurde Finanzdirektorin. Kein Schleck in Zeiten knapper Budgets und gehässiger Budgetabstimmungen. Was bleibt? Die Erkenntnis vielleicht, dass man «nicht immer das machen kann, was man gerne möchte». Trotzdem: Frösch hat gerne regiert, sie war mit ihrem Amt verheiratet, wie sie sagt. Sie konnte nicht mit der grossen Kelle anrichten, hat aber soziale Anliegen verteidigt. «Geld ist vorhanden, die Frage ist, wie es verteilt wird», lautet ihr Motto.

Motiviert sind die Nationalrätinnen des Grünen Bündnis geblieben. «Die Schweiz ist noch lange nicht, wie ich sie gerne hätte», sagt Franziska Teuscher lachend. Im Ständeratswahlkampf wird sie sich für eine andere Schweiz einsetzen.

Ein bewegtes Auge für das Machbare

Peter Eichenberger, Journalist (Text und Bild)

Nico Lutz ist nicht nur an Gewerkschaftsveranstaltungen anzutreffen, sondern auch bei vielen Friedensdemos als Organisator nicht wegzudenken.

Wer Natalie Imboden und Nico Lutz treffen will, muss zeitig aufstehen. Ein frühmorgendliches Gespräch mit den beiden GewerkschafterInnen über die Kultur der politischen Vernetzung und den Stellenwert parlamentarischer Arbeit.



Natalie Imboden: An ein Datum mag ich mich besonders gut erinnern: an den 14. Juni 1991, den Tag des nationalen Frauenstreiks. Ich war Studentin und bin zufällig in die Demo geraten. Es war das erste Mal, dass ich so viele Frauen auf der Strasse gesehen habe. Dass es die Gewerkschaften waren, die die Frauen mobilisierten, war für mich damals neu. Bald habe ich in der AG Frauenpolitik mitgeholfen, Frauenaktionstage zu organisieren. Der Aktionstag 1996 zur Lohntransparenz gab dann den Ausschlag, mich aktiv in der Gewerkschaftsarbeit zu engagieren. Ich wurde Mitglied der (damals noch kleinen) *unia*.

Nico Lutz: Ich hatte meine Schlüsselerlebnisse in den 80er Jahren. Bei der Zaffaraya-Räumung und der Besetzung der Reitschule habe ich die Repression der bürgerlichen Stadtregierung gespürt. Als ich mein Aufgebot fürs Militär erhielt, schloss ich mich der GSoA an und lernte in der Bürogemeinschaft an der Neubrückstrasse 17 die Leute vom Grünen Bündnis kennen. Dort wurde institutionelle Politik verknüpft mit konkreter Bewegungsarbeit. Das hat mir sofort zugesagt. Das ist auch nach 20 Jahren noch so, darum ist das GB für mich so glaubwürdig.

Imboden: Uns verbindet ein ähnliches Verständnis von Politik, die nicht auf die Parlamentsarbeit fixiert ist, sondern bei Interessenskonflikten die Notwendigkeit



Hände weg vom Sozialabbau, ist eine der Forderungen der beiden GewerkschafterInnen Natalie Imboden und Nico Lutz.

Rechts: Natalie Imboden referiert am vpod-Frauenkongress 2006 zum Thema Lohngleichheit

starker sozialer Bewegungen kennt, um zu mobilisieren.

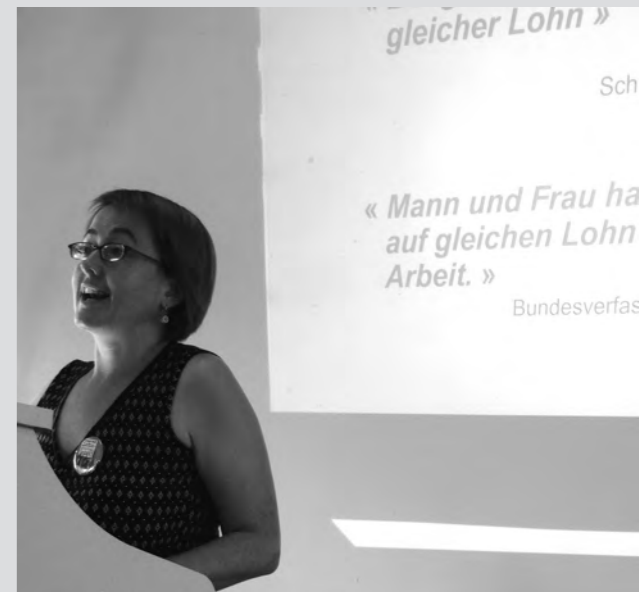
Lutz: Wenn ich nur im Parlament aktiv gewesen wäre, würde ich heute keine Politik mehr machen. Die Parlamentsarbeit war immer nur ein Element meines Engagements. Ein wichtiges, aber ich hatte nie das Gefühl, dass aus den Parlamenten wesentliche politische Anstöße kommen. Ich politisiere jedenfalls heute nicht weniger als damals, als ich für die JA! im Stadtrat sass.

Imboden: Das Parlament ist auch für mich nur ein Standbein. Die Inhalte müssen in der Politik immer mit einer Bewegung verknüpft sein, mit den Gewerkschaften oder den Umweltorganisationen. Wenn diese Verknüpfung nicht existiert, macht die Arbeit im Parlament kaum einen Sinn.

Lutz: Es ist nicht zufällig, dass wir beide im Grünen Bündnis politisieren. Das GB ist ein Kollektiv von Leuten mit einem ähnlichen Politikverständnis. Darum sind die Mitglieder des GB so aktiv. Die Leute im GB wissen, was sie wollen, sie haben klare Inhalte, aber auch ein Auge für das Machbare.

Imboden: Das stimmt, wir pflegen im GB einen engen Zusammenhalt. Wir sind gut vernetzt, es gibt wenig Reibungsverluste. Darum können wir rasch reagieren und unsere Energien optimal nutzen.

Lutz: Wir funktionieren noch immer wie eine Bewegung, auch wenn wir in den Parlamenten arbeiten.



Sicher sind wir nicht überstrukturiert.

Imboden: Genau. Ich musste schmunzeln, als die BZ kürzlich schrieb, ich hätte eine eiserne Hand.

Darüber müssen beide lachen. Viel Zeit zum Scherzen bleibt nicht, bereits klingeln die ersten Telefone.

Das Grüne Bündnis Bern und die Grünen 1987–1997–2007¹

Werner Seitz, Politologe



Das Grüne Bündnis engagiert sich anlässlich der Gemeinderatswahlen 2004 für einmal auch mit Muskelkräften für das RotGrünMitte-Bündnis.

Rechts: Die erste Frauen-Grossratsfraktion im Jahr 2000 ist in voller Fahrt: GB-Grossrätinnen Corinne Schärer, Regula Rytz, Franziska Widmer, Sabine Gresch, Liliane Laneve Gujer (v.l.n.r.).



¹ In Erinnerung an Roland Felber, den Politikbegeisterten, der mir nicht nur ein lieber Freund, sondern fast zwei Jahrzehnte lang auch kritischer Gesprächspartner und ebensolcher Lektor meiner Texte über Politik gewesen ist.

Mit der Gründung der *Grünen Kanton Bern* durch die Orts- und Regionalparteien des Grünen Bündnis (GB) und der Grünen Freien Liste (GFL) hat im Kanton Bern eine jahrzehntelange Geschichte von Abgrenzung und Wettlauf im rot-grünen Segment jenseits der SP ihren Abschluss gefunden, auch wenn heute noch einige Kleingruppierungen wie die GPB/DA oder die PdA bestehen. Der folgende Text blickt noch einmal zurück auf die zwanzig Jahre, seit denen das GB Politik macht, wobei dieser Blick auch zu den Grünen in der Schweiz, im Kanton Bern und in der Stadt Bern schweift.

1987: Aufbruch...

Als 1987 das GB Bern gegründet wurde, war ganz Westeuropa am *Ergrünen*, und die Sensibilität gegenüber ökologischen Themen war gross. Dazu hatten nicht zuletzt Umweltkatastrophen wie der Reaktorbrand in Tschernobyl und der Chemieunfall in Schweizerhalle beigetragen. Ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland, wo sich *Realos* und *Fundis* teilweise heftig in den Haaren lagen, wetteiferten in der Schweiz die als bürgerlich eingeschätzten Grünen der GPS (sogenannte *Gurken*) und die Alternativ-Grünen (sogenannte *Melonnen*) um die Hegemonie in der grünen Bewegung.

Im Kanton Bern war die politische Stimmung insofern speziell, als seit 1986, nach einem kapitalen Fehler der übermütigen FDP, die erste rot-grüne Kantonsregierung der Schweiz am Wirken war. Im Grossen Rat verfügte Rot-Grün allerdings nur über ein Drittel der Mandate. Das grüne Terrain besetzten im Kanton Bern zu dieser Zeit die *Urgünen* der Demokratischen Alternative (heute GPB) sowie die Freie Liste (FL). Letztere hatte sich 1983 um Leni Robert und weitere dissidente FDPlerInnen gebildet. Im Zuge der Berner Finanzaffäre etablierte sich die FL zur eigentlichen grünen Vertreterin im Kanton Bern. Das GB wurde im Vorfeld der Nationalratswahlen 1987 gegründet. Es positionierte sich, aufgrund seiner mehrheitlichen Verwurzelung in der



2003 bekämpfen Franziska Schnyder, Franziska Teuscher, Andreas Greul, Regula Rytz (v.l.n.r.) als Grüne aktiv und erfolgreich den *Steuerpaket-Bschiss*.

68er Linken (SAP, POCH), im links-grünen Segment und verstand sich als Teil der Alternativ-Grünen in der Schweiz.

... und Ernüchterung

Gross waren die Hoffnungen im Vorfeld der Nationalratswahlen 1987, welche eine ökologische Wende brin-

gen sollten. Das Ergebnis war dann allerdings ernüchternd: Die Grünen erzielten zwar mit 8,6% und 13 Nationalratsmandaten ihr bisher bestes Wahlergebnis. Die SPS aber verzeichnete im Gegenzug ihr schwächstes Resultat seit 1919 (18,4%), sodass das rot-grüne Lager insgesamt etwa gleich stark blieb wie bei den drei Nationalratswahlen zuvor.

Die *Hoffnungswahlen* entschieden aber zwischen den beiden grünen Formationen: Die GPS holte mit einer Parteistärke von 4,9% 9 Nationalratsmandate, während die alternativ-grünen Formationen und die POCH zusammen bei 4 Mandaten sitzen blieben (Parteistärke: 3,7%); dies reichte nicht zur Bildung einer Fraktion, womit das nationale Projekt einer dritten Kraft neben SPS und GPS gestorben war. Die meisten grossen Kantonalparteien der Grün-Alternativen (Luzern, Basel-Landschaft, St. Gallen und Aargau) wechselten in der Folge zur GPS.

Im Kanton Bern schnitten die Grünen bei den Nationalratswahlen 1987 mit insgesamt 11,8% überdurchschnittlich gut ab. Klar in Führung lag mit einer Parteistärke von 7,1% die FL, gefolgt vom GB (2,6%) und der DA/GPB (2,1%). Einzig die FL holte Mandate (3); der alternativ-grüne Sitz von Barbara Gurtner ging verloren. Nach diesem wenig geglückten Start vermochte sich das GB immerhin in der Stadt Bern 1988 bei den Parla-

Das Grüne Bündnis politisiert nicht nur in Bern, sondern wehrt sich zum Beispiel auch mit anderen grünen AktivistInnen gegen die Umzonung in Galmiz.

mentswahlen mit 4 Mandaten und einer Parteistärke von 4,6% zu etablieren.

1997: Lokale Konsolidierung und das Konzept der Aequidistanz

Als das GB 1991 erneut den Einzug in den Nationalrat verpasste, konzentrierte es sich auf die lokale Ebene, wo es weitere Erfolge verbuchen konnte. Im Berner Stadt-



rat baute es bis 1996 seine Mandatszahl auf 7 aus (mit den 2 Mandaten der Jungen Alternative, JA! gar auf 9), und mit einer Parteistärke von über 10% überholte es die FL, die sich in der Stadt 1991 mit dem Jungen Bern zu JB/FL zusammengeschlossen hatte.

Der grosse lokalpolitische Meilenstein war für das GB der Wahlsieg der RotGrünMitte-Parteien (RGM) von 1992. Das GB hatte nicht nur massgebend zum Zustandekommen dieses Parteienbündnisses beigetragen, es stellte mit Therese Frösch auch das Aushängeschild der neuen RGM-Regierungsmehrheit. Dieser Wahlsieg bestärkte das GB in seiner Rolle als lokaler Kraft, und es war bald die Rede von der Äquidistanz zu SPS und GPS, womit gemeint war, dass man sich organisatorisch weder mit SPS noch GPS näher einlassen wolle.

In den Neunzigerjahren gerieten die Grünen sowohl schweiz- wie europaweit in ein Tief: Die Wirtschaftskrise liess die ökologischen Themen in den Hintergrund rücken, was bei den Grünen zu beträchtlichen Verlusten von Wählerstimmen führte. Zudem besetzte die SPS unter der Regie von Peter Bodenmann zunehmend grüne und alternative Themen, was sich per saldo in einem Stimmentransfer von den Grünen zur SPS bemerkbar machte: Die Grünen erreichten bei den Nationalratswahlen 1995 nur noch eine Parteistärke von 6,5% (und 10 Mandate), 1999 gerade noch 5,5% (9 Mandate), die SPS dage-



Lange bevor alle vom Klimawandel reden, organisiert das GB zusammen mit der GFL im Jahr 2003 eine Tagung zum Thema *Politik im Zeichen des Klimawandels*. Franziska Teuscher debattiert auf einem Podium mit SVP-Ständerat Hans Lauri.

Rechts: Zusammen mit dem inzwischen zum Regierungsrat gewählten Bernhard Pulver protestieren GB-AktivistInnen im Winter 2005/2006 gegen die massiven Feinstaub-Konzentrationen und fordern in Stadt, Kanton und national Sofortmassnahmen.

gen steigerte ihre Parteistärke entsprechend und erhob offensiv den Alleinvertretungsanspruch im rot-grün-feministischen Segment.

Auch im Kanton Bern ging die Parteistärke der Grünen zurück (auf 6,8%), wobei die Verluste auf Kosten der GFL gingen, während sich das GB halten konnte. In der Stadt Bern aber war es das GB, das 2000 etwas schwächer wurde (9,5%). Die GFL vermochte sich dagegen leicht zu steigern (auf 5,9%), wohl auch weil sich 1998 der Stadtberner Landesring der Unabhängigen (LdU) der GFL angeschlossen hatte.

2007: Die Grünen auf Erfolgskurs

Diese Krise der Grünen in der Schweiz bewirkte auch deren Revitalisierung: Sie erweiterten ihr politisches Repertoire um soziale Themen und positionierten sich zunehmend auch links der SPS. Damit zeigte sich die GPS als eine Partei, die auch in Zeiten wirtschaftlicher Krise etwas zu sagen hatte. Dieser Wandel erleichterte es alternativ-grünen Formationen wie dem GB Bern oder der Basler BastA! der GPS beizutreten. Diese Neuorientierung trug erste Früchte mit Wahlsiegen in der Romandie. Ab 2003 wiederholten sich diese Erfolge in der Schweiz flächendeckend. Verstärkt wurde dieser Trend zu Gunsten der Grünen auch durch die verbesserte Wirtschaftslage, die Diskussionen über die Klimaka-



tastrophe und, namentlich in den Städten, die schwächelnde FDP.

Heute präsentieren sich die Grünen so gut wie bei ihrem Höhenflug vor zwanzig Jahren: Bei den Nationalratswahlen 2003 verzeichneten sie eine Parteistärke von 7,9% (14 Mandate). Die Verankerung der Grünen ist heute aber bedeutend besser. So politisieren sie unter einem gemeinsamen Dach und sind nun in fast allen Kantonen etabliert; in 6 Kantonen und mehreren Dutz-

Lebenswerte und begrünte Quartiere und verkehrsberuhigte Aussenflächen: Franziska Schnyder, Karin Gasser und Stéphanie Penher setzen Forderungen in die Tat um.

end Gemeinden und Städten sind sie zudem an den Regierungen beteiligt.

Im Kanton Bern steigerten sich die Grünen von 9,1% [2002] auf 12,9% [2006], und in der Kantonsregierung schafften sie 2006 den Einzug in die Regierung, wo sie zusammen mit der SP die Mehrheit bilden.

Die Grünen legten aber auch in der Stadt Bern beträchtlich zu, womit Bern weiterhin eine Hochburg der

Grünen darstellt: Sie steigerten sich bei den Stadtratswahlen von 16,9% [2000] auf 25,3% [2004] und bei den Grossratswahlen 2006 gar auf 29,7%. Diese Steigerung bewirkte vor allem die GFL (von 8,6% auf 17,5%); das GB trug immerhin 12,2% zu dieser ansehnlichen Parteistärke bei.

Zur aktuellen Situation der Grünen Kanton Bern

Vor zehn Jahren hatte ich in meinem Beitrag zum 10-Jahres-Jubiläum des GB das Konzept der Aequidistanz zu SPS und GPS kritisiert und dem GB nahegelegt, sich einer nationalen Formation anzuschliessen: der SPS oder der GPS². Seither hat sich einiges bewegt: So ist das GB nicht nur seit 2002 Vollmitglied bei der GPS, es hat sich mittlerweile mit der GFL im Kanton Bern zu den Grünen Kanton Bern zusammengeschlossen.

Die vom GB einst beargwöhnten Nachteile eines Beitritts zur GPS und eines Zusammengehens mit der GFL haben sich nicht eingestellt. Im Gegenteil: Bei den Nationalratswahlen 2003 holte das GB beide grünen Nationalratsmandate, und in der Berner Stadtregierung vermochte es seinen Sitz zu halten.

Wichtig für das Zusammengehen der beiden grünen Formationen war aber auch, dass mit der Wahl von Bernhard Pulver in die Berner Kantonsregierung die GFL zum Zug kam.

Michele Jordi engagiert sich seit der Gründung der Grünen Kanton Bern im Vorstand und beteiligt sich an der kantonalen DV.



² Werner Seitz, *Anmerkungen zu Geschichte und zu den Zukunftsperspektiven des Grünen Bündnis*, in *Zehn Jahre bewegt. Grünes Bündnis 1987–1997*, Bern 1997, S. 10–15.

³ Herzlichen Dank an Peter Züst, der mir die Umfragedaten seiner Lizenzierungsarbeit zur Verfügung stellte (Angaben zur Arbeit: Peter Züst, *Die Grüne Freie Liste und das Grüne Bündnis im Kanton Bern: Parteimitgliedschaft und Politikeinstellung der Mitglieder im Vergleich*, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern, 2006).

Zu GB und GFL in der Stadt Bern

Wie verhält es sich in der Stadt Bern mit der GFL und dem GB, die weiterhin selbstständig unter dem gemeinsamen Dach der Grünen Kanton Bern politisieren wollen? Sind sie so verschieden, wie gelegentlich behauptet wird?

■ GB und GFL im Spiegel der Abstimmungsparolen (1995–2005)

Bei den 120 Volksabstimmungen, die von 1995 bis 2005 in

der Stadt Bern stattfanden, gaben GB und GFL 10-mal eine unterschiedliche Abstimmungsempfehlung aus; 6-mal differierten die Empfehlungen grundsätzlich (ja/nein). Bei den kantonalen (29) und eidgenössischen (106) Abstimmungsvorlagen gab es 3 bzw. 2 grundlegende Abweichungen. Insgesamt wurden also zu weniger als 5% grundlegend andere Abstimmungsparolen ausgegeben. Die Unterschiede betrafen die Themen Finanz-, Bau- und Planungspolitik, Sozialpolitik und Wirtschaftsliberalisierung (Züst 2006, S. 55 ff.; siehe Fussnote 3).

■ GB und GFL aus Sicht der Mitglieder³

Anhand von Umfragedaten, die Peter Züst bei den Mitgliedern von GFL und GB erhoben hat, können – für die Stadt Bern nochmals ausgewertet – viele Gemeinsamkeiten festgestellt werden, namentlich im ökologischen Bereich. Unterschiede bestehen jedoch etwa in der Positionierung der Mitglieder auf der Links–rechts-Skala (von 0 bis 10): Auf dieser verorten sich die GB-Mitglieder im Durchschnitt bei 1,7, die GFL-Mitglieder bei 3,2 (im Kanton: GB 2,1; GFL 3,0). Sachpolitisch vertreten die GFL-Mitglieder namentlich in Fragen von Law and Order, der AusländerInnenpolitik und der wirtschaftlichen Liberalisierung härtere Positionen. Dagegen plädieren die GB-Mitglieder etwas stärker für den Ausbau des Sozialstaates.



Blaise Kropf und Barbara Schwickert (Grüne Biel) präsidieren seit Herbst 2006 die Grünen Kanton Bern. Sie leiten gemeinsam mit Monika Hächler (Mitte), GB-Sekretärin und Geschäftsleiterin Grüne Kanton Bern, die Delegiertenversammlung.

■ **Das Panaschierverhalten der Wählenden der Grünen**
Die Panaschierstatistiken für die Nationalrats-, Grossrats- und Stadtratswahlen zeigen nicht nur, dass das GB einen regen Panaschierstimmensauch mit den linken Parteien und Gruppierungen hat, sie zeigen auch, dass die GFL seit zwanzig Jahren die weitaus meisten Panaschierstimmen aus dem linken Lager erhalten hat

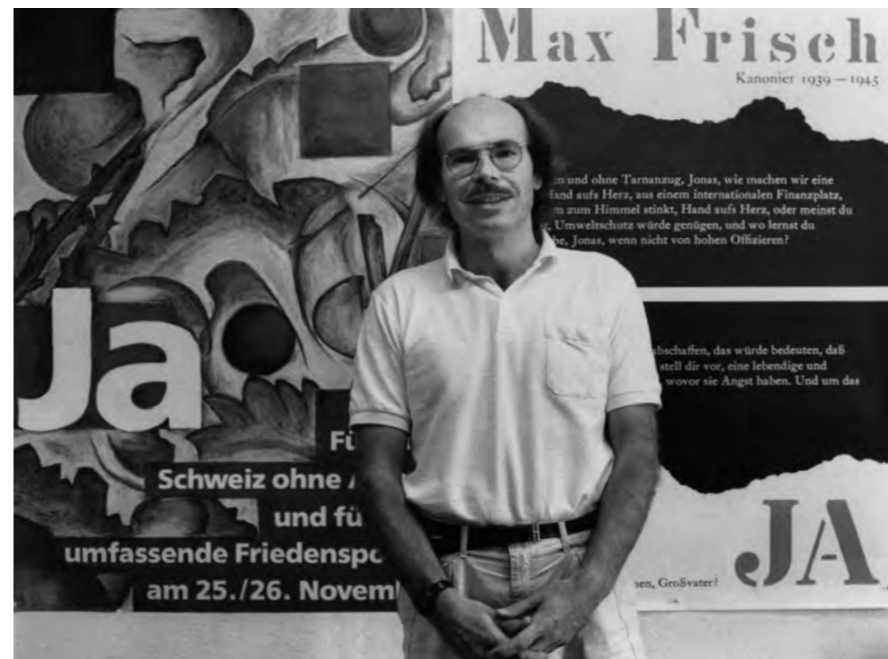
und auch die meisten Panaschierstimmen an das linke Lager abgegeben hat. Immerhin, auch das ist aus den Panaschierstatistiken ersichtlich, ist die GFL von den rot-grünen Parteien jene Partei, die am ehesten Panaschierstimmen von den bürgerlichen Parteien erhält, vor allem von den FDP-Frauen-Listen.

■ **Schlussfolgerung**

Zwischen GB und GFL gibt es also sehr viel Gemeinsames. Es gibt aber auch Unterschiede, sie wurden oben erwähnt. Derartige Unterschiede kennen alle grossen Parteien, auch die grünen Parteien; sie manifestieren sich meistens in Form von Parteiflügeln. In der Stadt Bern materialisieren sich gewissermassen diese Flügel im GB und in der GFL. Da diese zudem beide je ihre eigenen historischen Wurzeln haben, wirkt ihre unterschiedliche Geschichte besonders stark nach und dient den PolitikaktivistInnen und vor allem der politischen Elite als wichtige Referenzinstanz. Solche Unterschiede können für eine Partei oder Bewegung eine Stärke sein, wenn sie den gemeinsamen Nenner nicht aus dem Blickwinkel verliert und wenn sie diese Unterschiede als Ergänzung betrachtet. Gerade angesichts einer Parteienstärke von fast 30%, welche GB und GFL in der Stadt Bern zurzeit auf sich vereinigen, muss eine solche Zweiteilung nicht beunruhigen. Mit Blick auf den derzeitigen

Ort des Geschehens: Neubrückestrasse 17. In der Bürogemeinschaft *Forum Politik und Aktion* sind mit dem Grünen Bündnis auch die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA und die Junge Alternative JA! beheimatet. Von Anfang an beim GB wie bei der GSoA mit dabei: Peter Sigerist.

Zustand der bürgerlichen Parteien dürfte das urbane Segment von zwei grünen Formationen sogar besser angesprochen werden. Bilden sich jedoch diese Unterschiede zu sektiererischen Tendenzen aus, dürfte dies, namentlich wenn sich diese auf die kantonale und die eidgenössische Ebene übertragen sollten, zu Spaltung und Marginalisierung führen.



■ **Fazit: Starke Frauen, personelle Erneuerung und inhaltliche Konstanz**

Wird abschliessend noch GB-intern ein Blick zurück geworfen, so fällt auf, dass sich in den vergangenen zwanzig Jahren das *Politpersonal* des GB stark erneuert hat, wobei die noch aktiven PionierInnen etwas mehr im Hintergrund wirken. Das GB hat offensichtlich seine Ausstrahlung und Faszination für junge Polit-Interessierte behalten, was es ihm auch ermöglichte, seine personelle Basis zu verbreitern. Was bei einem Blick auf die GB-Personen ebenfalls auffällt, ist, dass es fast immer Frauen waren, die an den wichtigen Stellen standen und stehen und welche als *Erkennungspersonen* des GB figurieren. Das GB dürfte wohl auch die einzige Partei sein, bei der seit jeher sämtliche Delegationen in die Parlamente mehrheitlich von Frauen besetzt waren.

Unverändert geblieben sind beim GB die inhaltlichen Werte und der Politikstil. Letzterer zeichnet sich durch die ausserordentliche Beharrlichkeit aus, mit der das GB darauf achtet, dass grüne Politik nicht in den Institutionen erstarrt, sondern auch in ausserparlamentarischen Bewegungen verankert bleibt.

Wünsche von Tweens

■ «Ich wünsche mir vom GB neben einer nachhaltigen, ökologischen Politik vor allem eine soziale Politik, die das Verständnis gegenüber Minderheiten und Andersdenkenden fördert und jeglicher Ausgrenzung ein Ende setzt. Das GB soll der allgemeinen Entwicklung kritisch gegenüberstehen, seine Stimme gegen asoziale Vorhaben erheben und sich einsetzen für eine andere Welt, in welcher auch Luftschlösser, Lebkuchenhäuser, fliegende Schildkröten und Faultiere ihren Platz haben und in welcher Kriege höchstens mit Wasserballonen geführt werden.»

Karin Jenni, 25, Praktikantin Grünes Bündnis Stadt Bern



■ «Ich will der Schweiz ein gutes Bildungssystem erhalten. Dazu gehört eine offene, fundierte Ausbildung und Chancengleichheit. Chancengleichheit beinhaltet z.B. Tagesschulen mit Lernhilfen in der Grundschule und existenzsichernde Stipendien für Studenten und Lehrlinge. Hier erwarte ich Engagement des GB, damit die Jungen ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen können.»

Mathe Florin, 19, junge grüne bern

■ «Ich wünsche mir vom gb, dass es Politik macht, in der sich das Wort *bewegt* nicht nur auf die Parteizeitung beschränkt: Politik, der Visionen vorschwebt und die nahe bei ausserparlamentarischen Gruppen gemacht wird. Politik, die Spass macht und trotzdem eine klare linke Linie verfolgt. Politik gegen den Sauberkeitswahn, für Teilzeitstellen, gegen die Armee und für die Abschaffung der Studiengebühren – und das gb darf übrigens auch wieder mal eine Demo organisieren!»

Rahel Ruch, 20, GSoA

■ «Ich wünsche mir vom GB, dass es sich für die Velostadt Bern stark macht.

Ich wünsche mir vom GB, dass es sich für erneuerbare Energien in der Stadt Bern stark macht.

Ich wünsche mir vom GB, dass es sich für Minderheiten in der Stadt Bern stark macht.

Ich wünsche mir vom GB, dass es sich für eine ökologische Wirtschaft in Bern stark macht.

Ich wünsche mir vom GB, dass es sich für eine Sicht über räumliche und zeitliche Grenzen hinaus stark macht.

Ich wünsche mir also ein starkes GB und dem GB eine starke Geburitorte!»

Aline Trede, 23, Koordinatorin Junge Grüne Schweiz

■ «Ich wünsche mir vom Grünen Bündnis, dass es auch im Erwachsenenalter konsequente, fundierte, bewegte, pointierte und ab und zu auch freche Politik macht. Und so wesentlich dazu beiträgt, dass in der Stadt Bern ein sozialer und ökologischer Wind weht.»

Anne Wegmüller, 24, Stadträtin Junge Alternative JA!

■ «Ich wünsche mir vom GB eine Politik, die aus Geschichtsbüchern lernt und durch nachhaltige Entscheidungen dafür sorgt, dass noch viele weitere Bücher geschrieben werden können.»

Jannik Böhm, 19, GSoA

Bern fährt langsamer

Hannes Meuli und Stéphanie Penher



Hannes Meuli, AG Ökologie, Co-Präsident VCS Regionalgruppe Bern.
Stéphanie Penher, AG Ökologie, Jugendsekretärin Comedia.

Rechts: Die Ozonproblematik veranlasste das GB bereits in den 90er Jahren zu Protest-sit-Ins mit Liegestuhl und Hängematte auf dem Bierhübeli-Kreisel.

Verkehrspolitik war und ist ein Schwerpunkt des Grünen Bündnis. Kurz nach seiner Gründung 1988 lancierte es bereits eine erste Petition *Generell Tempo 30 ermöglichen* und bald darauf die Initiative *Tempo 30*. Was damals in der Abstimmung noch nicht erfolgreich war, gehört heute so selbstverständlich zu Bern wie die Tatsache, dass das GB oft einen Schritt voraus ist: So forderte das GB im Feinstaubwinter 2006 *Tempo 30 auf allen Stadtstrassen*. Wann wird diese *Slow-City wohl zur selbstverständlichen Realität werden?*



Die Zusammenarbeit des GB mit verkehrs- und umwelt-engagierten Menschen und Organisationen hat eine lange Tradition. So entstand 1996 die Idee einer *Langsamverkehrsiniziativa* an einem der legendären *GB-Kippel-Gipfel* im Lötschental. Der Initiativtext zur späteren *Fuss- und Velo-Initiative* wurde zusammen mit dem VCS und der IG Velo erarbeitet. Im Abstimmungskomitee waren schlussendlich von pro juventute bis Greenpeace insgesamt 13 Organisationen vertreten. 1999 schaffte der vom GB mitgeprägte Gegenvorschlag die Abstimmungshürde und sicherte damit dem Fuss- und Veloverkehr eine Fachstelle in der Stadtverwaltung und 40 Mio. Franken für Fördermassnahmen.

Die Idee einer Langsamverkehrsiniziativa entstand an einem der legendären GB-Kippel-Gipfel im Lötschental

Eine dieser Massnahmen ist die neue Velostation Milchgässli. Hier wird Velofahren und Zugfahren optimal verknüpft: Der schnellste Zugang vom Bahnhofplatz zu den Gleisen führt durch die Velostation! Auch der neue Bahnhofplatz ist das Produkt politischer Vernetzungsarbeit. Dass der neue Bahnhofplatz – mit Baldachindach – nun endlich realisiert werden kann, ist hingegen ein grosses persönliches Verdienst unserer Gemeinde-



Die AG Ökologie wirbt vor Grossverteilern in der Innenstadt für das neue städtische Abfallreglement mit dem Slogan *Mehrwert dank Mehrweg*.

rätin Regula Rytz. Der Weg zur nachhaltigen Mobilität ist aber auch im grünroten Bern lang und widersprüchlich: Den Schanzentunnel verwarf der Souverän, den Neufeldtunnel hingegen konnten wir nicht verhindern.

Verkehrspolitik ist für das GB Umweltpolitik. Wir fordern seit Jahren eine stadtverträgliche Mobilität, die den Schutz der Menschen vor Lärm und Abgasen in den Mittelpunkt stellt. In Zukunft wird der globale Klimaschutz an Bedeutung gewinnen. Daher führt kein Weg

daran vorbei, im Verkehr den CO₂-Ausstoss massiv zu reduzieren, aber nicht nur dort. So engagiert sich das GB auch für eine nachhaltige städtische Energiepolitik. Das GB-Grundlagenpapier *Mehr grüne Kraft* von 2005 fordert u.a. grössere Anreize für eine effiziente Elektrizitätsnutzung und den Stopp von KWOplus. Das Label *Sauberer Strom aus Wasserkraft* darf kein Freipass für Mammutprojekte auf Kosten der Natur sein. Wenn diese *Wasserkraft* zuerst mit schmutzigem Kohle-Strom *erpumpt* werden muss, ist dies nicht *sauber*, sondern stinkt zum Himmel. Mit einer vom GB lancierten Motion wurde der Gemeinderat verpflichtet, den Grimselausbau der KWO abzulehnen.

Die Kontrolle über ewb darf nicht aus kurzfristigem Profitdenken verschenkt werden

Das GB sagt aber nicht nur Nein zu unsinnigen *Stromveredelungsanlagen* und fordert den Ausstieg aus der Atomstrom-Produktion, sondern wir zeigen auch Wege auf, wie die Stadt einen positiven Einfluss auf das globale Klima nehmen kann. Dazu gehört auch, dass die Kontrolle über Energie Wasser Bern (ewb), und damit über die Stromproduktion und -verteilung, nicht aus kurzfristigem Profitdenken verschenkt (bzw. verkauft) werden darf.

Umbau statt Abbau

Myriam Duc und Franziska Schnyder



Das Grünen Bündnis hat zusammen mit der langjährigen Finanzdirektorin Therese Frösch wesentlich dafür gesorgt, dass die Stadt Bern in den vergangenen 14 Jahren die Finanzen im Griff hatte. Dies gelang, ohne im Sozialbereich, bei der Bildung, der Kultur oder bei anderen wichtigen öffentlichen Aufgaben entscheidende, für die Bürgerinnen und Bürger spürbare Einschnitte bei den Leistungen vorzunehmen oder das Personal zu beuteln. Gerade im Personalbereich verhalf das GB durch gute Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften den personalpolitischen Anliegen in Stadt- und Gemeinderat oft zum Durchbruch. Diese ausgeglichene, jedoch sozialverträgliche Finanzpolitik muss fortgeschrieben werden.

Zentrumsleistungen und Leistungen als Bundeshauptstadt können nicht ohne Mithilfe von Bund, Kanton und Agglomerationsgemeinden finanziert werden. Wir werden alle Bestrebungen, den finanziellen Handlungsspielraum der Stadt einzuengen, politisch bekämpfen. Dazu gehören unsoziale Sparprogramme bei Bund und Kanton oder Steuergeschenke. Eine bessere Koordination von öffentlichen Aufgaben innerhalb der Agglomeration Bern hilft zudem, den BürgerInnen bessere, ökologisch sinnvolle, politisch abgestützte und letztlich auch billigere Leistungen anbieten zu können. Handlungsbedarf

besteht da zum Beispiel noch bei der Siedlungs- und Verkehrsplanung, beim Angebot des öffentlichen Verkehrs oder im Kulturbereich. Das GB hat im Parlament die Debatte über eine verstärkte Zusammenarbeit in der Region ins Rollen gebracht. Wir wollen diese Politik weiter konkretisieren und anhand von Beispielen (Wasserverbund, Abwasserreinigung und Kultur) den Sinn einer besseren Zusammenarbeit in der Region aufzeigen. Solidarität und Zusammenarbeit statt Aufspaltung und



Rechts: Sport und nachhaltige Energie optimal verbinden: das Solardach auf dem neuen Wankdorfstadion produziert zukunftssträftig Energie. Franziska Schnyder, Martina Dvoracek und Stéphanie Penher fordern mehr erneuerbare Energien und eine nachhaltige Strom-Spar-Politik.

Konkurrenz lautet die Devise. Das GB hat sich deshalb im vergangenen Jahrzehnt ebenfalls dafür eingesetzt, dass öffentliche Leistungen auch öffentlich kontrolliert werden und für alle zugänglich sind. Das Auslagerungsmoratorium oder die Kritik am Projekt *Neue Stadtverwaltung Bern* wurden wesentlich durch das GB geprägt.

Wir werden alle Bestrebungen, den finanziellen Handlungsspielraum der Stadt einzuengen, politisch bekämpfen

Hier gilt es auch in Zukunft zu verhindern, dass Leistungsbereiche des Service public dem öffentlichen Zugriff und der politischen Kontrolle entzogen werden. Damit das bisherige Leistungsniveau in Bern gehalten werden kann, braucht es aber neue SteuerzahlerInnen. In Bern wird im Vergleich zu anderen städtischen Agglomerationen zu viel gearbeitet und zu wenig gewohnt:

Bern muss als Wohnstadt attraktiver werden. Grundlage bildet eine nachhaltige, ökologische und zukunftsgerichtete Wohnbaupolitik

Bern muss deshalb als Wohnstadt attraktiver werden. Das GB fordert, dass dies auf der Grundlage einer nachhaltigen und ökologischen Wohnbaupolitik und mittels



Verbesserungen des Wohnumfeldes geschieht. Im Grundlagenpapier *Schöner Wohnen* haben wir die Kriterien für eine gute und zukunftsgerichtete Wohnbaupolitik definiert. Wir haben aber auch angeregt, die Politik des städtischen Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik zu überprüfen und den sozialen Wohnungsbau, insbesondere familienfreundlichere Projekte, sowie Wohnbaugenossenschaften und autofreies Wohnen zu fördern.

Für und mit MigrantInnen

Hasim Sancar



Hasim Sancar, Stadtrat, Sozialarbeiter und Therapeut.

Rechts: Als Stadtratspräsidentin setzt sich Annemarie Sancar am 1. Mai für die Sanspapiers ein.

Das Grüne Bündnis hat sich in den letzten 10 Jahren für die Wahrung der Grundrechte eingesetzt und beharrlich gegen die Diskriminierung der Schwächeren und rassistische Ausgrenzungen politisiert. Auch die Legalisierung von Sans-Papiers ist ein Grundrechtsthema, für das sich das GB stark macht. Den Begriff der Grundrechte fasst das GB bewusst sehr weit. Dazu gehört der Einsatz für ein faireres Einbürgerungsverfahren.



Das GB war massgeblich daran beteiligt, dass die StimmbürgerInnen dieses mittlerweile für viele Kantone und Städte vorbildliche Einbürgerungsreglement mit 73% Ja-Stimmen angenommen haben. Das GB hat sich zudem mit Partnerorganisationen engagiert für das Referendum gegen das neue Ausländer- und das Asylgesetz. Zwar ist das Gesetz auf nationaler Ebene angenommen worden, doch lehnte die Stadt Bern das Asylgesetz als einzige Stadt in der Deutschschweiz ab.

Früchte des integrationspolitischen Engagements des GB sind die städtische Koordinationsstelle für Integration und die Schaffung des Integrationspreises der Stadt

Die Grundrechtfrage wird sich in der städtischen Politik immer wieder stellen

Bern. Auch für das Wahl- und Stimmrecht für AusländerInnen hat das GB gekämpft und mit einem Vorstoss erreicht, dass in der Stadt Bern AusländerInnen auf der kommunalen Ebene abstimmen und wählen können, sobald der Kanton diesem Anliegen zustimmt.

Die Stadtverwaltung kann als Arbeitgeberin eine Vorreiterrolle für die Privatwirtschaft spielen. Das Grüne Bündnis hält dieses Prinzip hoch und wirft daher auch immer wieder einen kritischen Blick auf die Praxis. So zeigen Statistiken, dass sowohl unter den Lehrlingen als



Hasim Sancar setzt sich ein für gleiche Rechte für alle und vertritt das Grüne Bündnis im Vorstand der Grünen Schweiz.

auch unter den Angestellten wenig MigrantInnen anzutreffen sind; ihr Anteil liegt deutlich unter jenem der Gesamtbevölkerung. Wir haben darum Vorstösse eingereicht wie *Jugendarbeitslosigkeit: mehr Lehrstellen für nicht eingebürgerte Jugendliche*. Damit wurden neue Lehrstellen geschaffen, mit denen der Anteil der MigrantInnen in Ausbildung erhöht werden konnte.

Die Grundrechtfrage wird sich in der städtischen Politik immer wieder stellen, auch die Integration der Zugewanderten wird ständig thematisiert werden müssen, solange die MigrantInnen in vielen gesellschaftlichen Bereichen nicht gleichberechtigt sind. Das GB bleibt dran, schaut beharrlich hin und deckt Diskriminierungen auf, auf deren Beseitigung die städtische Politik Einfluss nehmen kann.

Gefragt sind Strategien, wie MigrantInnen ihre Rolle als ZuschauerInnen und politische Objekte ablegen und die Parteipolitik aktiv mitgestalten können

Schliesslich lohnt sich noch ein Blick auf die Beteiligung von MigrantInnen an den politischen Aktivitäten und in den Parteistrukturen. In der Fraktion GB/JA! des Stadtrates sind zwei MigrantInnen vertreten. Sonst ist die Zahl der aktiven MigrantInnen bei den Grünen eher mager, insbesondere auf kantonaler und nationaler Ebene. Parteiunabhängige Faktoren spielen sicher eine Rolle, doch das Grüne Bündnis sollte sich auch mit diesem Thema auseinandersetzen. Gefragt sind Strategien, wie dieses Defizit behoben und Raum geschaffen werden kann, damit MigrantInnen ihre Rolle als ZuschauerInnen und «politische Objekte» ablegen und die Parteipolitik aktiv mitgestalten können.

Grundrechte und soziale Sicherheit für alle

Karin Gasser und Catherine Weber



Karin Gasser, Stadträtin, Soziologin.
Catherine Weber, Alt-Stadträtin,
Gewerkschaftssekretärin vpod-ngo.

Rechts: Mit einem Protest-Picknick vor der Heiliggeistkirche protestiert das GB gegen die städtische Wegweisungspolitik gemäss Polizeigesetz von sogenannten Randständigen.

In Zeiten, in denen Grundrechte oft subtil mit den Füssen getreten werden, engagierte sich das Grüne Bündnis immer wieder für die öffentliche Thematisierung heikler Themen wie Videoüberwachung im öffentlichen Raum, Bettelverbot, Bahnhofordnung etc. Ein Beispiel dafür ist auch die Wegweisungspolitik, die seit 1998 durch das kantonale Polizeigesetz ermöglicht wird. In Bern werden seither jährlich mehrere hundert Personen wegen *störendem Verhalten* aus bestimmten Bereichen des öffentlichen Raums weggewiesen.

Das GB war von Beginn weg massgeblich daran beteiligt, dass diese menschenverachtende Politik immer wieder Gegenstand politischer und medialer Auseinandersetzungen war. Mit zahlreichen Vorstössen im Stadt- und Grossrat sowie mit gemeinsamen Aktionen mit gassenahen Organisationen wehrten wir uns gegen diesen Abbau von Grundrechten. Leider ist es bisher auch im rotgrünen Bern nicht gelungen, die Wegweisungspraxis zum Stillstand zu bringen.

Die Stadtpolitik wird zu einem grossen Teil von kantonalen und nationalen Vorgaben mitdefiniert – bei sozialpolitischen Themen ist dies ganz besonders der Fall. Die Kunst einer rotgrünen Stadtpolitik besteht darin, innerhalb dieses von bürgerlichen Parlamenten definierten Rahmens Handlungsspielräume auszuschöpfen.



So setzt die Stadt Bern seit 20 Jahren eine fortschrittliche Drogenpolitik um, soweit dies mit dem derzeit geltenden Betäubungsmittelgesetz überhaupt möglich ist. Das Berner *Fixerstübli* war das erste in der Schweiz. Seit 2005 gibt es in Bern auch ein so genanntes *Alkistübli*, einen Aufenthaltsraum für Alkoholabhängige.

Das GB war und ist eine der treibenden Kräfte hinter dieser Politik der Schadenminderung. Dennoch bleibt auch in diesem Bereich viel zu tun: Drogenpolitik in der Stadt Bern ist immer noch eine schwergewichtig repres-

sive Politik, und in Prävention, Schadenminderung und Therapie wird zu wenig investiert. In der Cannabispolitik hat Bern leider Rückschritte gemacht: Seit der Regie-

Wir setzen uns für die Rechte der auf Sozialhilfe angewiesenen Menschen ein

Rechts: GB-StadträtInnen engagieren sich im Sommer 2006 gegen das Ausländer- und Asylgesetz. An der Aktion beteiligt sind bereits auch Christine Michel (1. Reihe ganz rechts) und Cristina Anliker-Mansour (1. Reihe, 2.v.l.), die ihr Stadtratsmandat im Januar 2007 angetreten haben.

rungsstatthalter im Sommer 2002 zahlreiche Hanfläden schliessen liess, wird Cannabis wieder unkontrolliert auf dem Schwarzmarkt verkauft. Das GB setzt sich in diesem Bereich für pragmatische Lösungen ein und fordert einen staatlich kontrollierten Hanfverkauf, eine Entkriminalisierung des Cannabiskonsums und eine verstärkte Präventionsarbeit.

Für soziale Institutionen hat sich das GB immer stark gemacht, beispielsweise für die Spitex, für den Erhalt des schulzahnmedizinischen Dienstes, die Ein-

Leider ist es bisher auch im rotgrünen Bern nicht gelungen, die Wegweisungspraxis zum Stillstand zu bringen

führung einer Kulturlegi sowie für Institutionen der Jugendhilfe oder für die Schulsozialarbeit. Wir setzen uns auch für die Rechte der auf Sozialhilfe angewiesenen Menschen ein und wehren uns gegen Massnahmen, die

zur Folge haben, sie pauschal zu verunglimpfen oder unter Druck zu setzen. So ist es gelungen, die städtische Sozialbehörde dazu zu verpflichten, abgewiesene Gesuche immer mit einer Begründung und einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen. Eine der grossen Herausforderungen der Zukunft wird es sein, trotz Spardruck einen Abbau dieser sozialen Einrichtungen zu verhindern.



Vielfalt fördern in Kultur und Bildung

Ursula Hirt und Christine Michel



Die Kunst, den Aufbruch zu verteidigen – wie es der Journalist Fredi Lerch formulierte – prägte Kultur und Politik im Jahr 1987. Im Spätherbst protestierten Tausende gegen die Räumung der Hüttendorfsiedlung Zaffaraya, und die bürgerliche Stadtregierung musste die Besetzung der Reithalle zulassen, in der das Grüne Bündnis 1988 eine Veranstaltung zu **Kultur und Widerstand** durchführte. Während Jahren stand



Ursula Hirt, Alt-Stadträtin, Ausbildungsleiterin Movendo.
Christine Michel, Stadträtin, AG Bildung.

Rechts: Blaise Kopf und Therese Frösch sagen im November 2005 Nein zur Initiative *Keine Sonderrechte für die Reitschule*, welche die Reitschule in Frage stellen will.



die Reitschule im Brennpunkt heftiger politischer Auseinandersetzungen. Das GB setzte sich wiederholt für eine kulturpolitische Öffnung ein: Nicht nur bestehende Institutionen wie das Stadttheater sollten durch öffentliche Gelder gefördert werden, sondern auch Orte alternativer Kultur wie die Reitschule, die Dampfzentrale, das Schlachthaus oder später dann der PROGR.

Ein Meilenstein rot-grüner Kulturpolitik bildete der neue Kulturartikel in der Gemeindeordnung von 1999: Die Stadt fördert und vermittelt Kultur in ihrer Vielfalt und unterstützt insbesondere das zeitgenössische Kulturschaffen. Die Sanierung der Reitschule (1997) und die Eröffnung der grossen Halle als Kulturort waren weitere Erfolge.

Eine 1993 von 63'000 Personen unterzeichnete Petition gegen angedrohte Sparmassnahmen brachte ein Kulturkonzept. Das GB unterstützte u.a. die Forderung, dass die Kulturschaffenden in die Planungsgremien einbezogen und auch mit den kleineren Institutionen Subventionsverträge abgeschlossen werden. Der bessere Ausgleich der Zentrumslasten in der Kultur war einer der Erfolge der GB-Finanzdirektorin Therese Frösch. Gleichzeitig hat das GB kritisch interveniert, wenn sich die öffentliche Hand zu stark von privaten SponsorInnen vereinnahmen liess und dann – wie beim Zentrum Paul



Der Hörsaal an der Universität Bern platze aus allen Nähten, als Journalist und Nahostkenner Andreas Zumach wichtige Hintergrundinformationen zur Nahostkrise lieferte. Das GB organisiert regelmässig Veranstaltungen zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen.

Klee – mit Kostenfolgen zu kämpfen hat. Dieses Geld fehlt für kleinere Kulturinstitutionen und die Kulturschaffenden, welche ihren Beruf häufig unter schwierigen Arbeitsumständen ausüben, aber hoffentlich nicht mehr – wie damals Paul Klee – durch die Verweigerung des Bürgerrechts stigmatisiert werden, wenn sie neue Wege beschreiten.

Ebenfalls für Vielfalt, für eine Schule ohne Ausgrenzung und für die Förderung der Entwicklungsmöglichkeiten aller Kinder, unabhängig von sozialer Herkunft, Sprache, von körperlichen oder geistigen Behinderungen, engagiert sich das GB in der Bildungspolitik. Die jahrelange bürgerliche Sparpolitik hat zu grossen Einbussen bei Bildungsqualität und Chancengleichheit hatte geführt. Regula Rytz und Corinne Schärer – die Bildungsspezialistinnen – gaben Gegensteuer. Das GB setzte sich für eine breite Ausbildung der Lehrkräfte und den Erhalt der musischen und fakultativen Fächer sowie der Musik-

Das GB setzt sich für eine Schule ohne Ausgrenzung ein

schulen ein und bekämpfte die Einführung von Zulassungsbeschränkungen (z.B. Numerus clausus an der Universität). Mit der aktiven Beteiligung an der Initiative für mehr Tagesschulen leistete das GB einen wichtigen Beitrag zum Erhalt und Ausbau der Tagesschulen in der Stadt Bern. Schulversuche und verschiedene Modelle gilt es weiterhin zu pflegen, damit Schulentwicklung ermöglicht und echte Chancengleichheit geschaffen werden kann.

Frauen zuerst: Taten statt Worte!

Natalie Imboden und Barbara Amsler



Ladies first ist im Grünen Bündnis nicht Galanterie, sondern politische Praxis. Frauen haben in den letzten 20 Jahren die GB-Politik massgeblich geprägt und eine führende Rolle gespielt. Dafür haben viele Männer im Hintergrund gearbeitet. Dies ist auch im 21. Jahrhundert keine Selbstverständlichkeit.

Viele aktive GB-Frauen haben ihre politischen Wurzeln in der neuen Frauenbewegung der 1960er und 1970



Natalie Imboden, AG-Frauenpolitik, Zentralsekretärin SGB.
Barbara Amsler, AG Frauenpolitik, Soziologin.

Rechts: Nach mehreren Anläufen sagt die Stimmbevölkerung Ja zu einem Erwerbsersatz bei Mutterschaft. Eine wichtige Hürde ist geschafft.



er Jahre. Sie haben z.B. tabuisierte Themen wie Gewalt in der Partnerschaft auf die politische Traktandenliste gebracht. In Ergänzung zur nationalen Kampagne *Halte-Gewalt* 1997 forderten GB-Grossrätin Barbara Gurtner und GB-Stadträtin Ursula Hirt *Eingreifen statt wegschauen*. Anfang 2000 initiierten Stadt und Kanton Bern gemeinsam das Berner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt. 2004 wurde unter der Sozialdirektorin Therese Frösch eine Koordinationsstelle für die Nachbetreuung bei häuslicher Gewalt eingerichtet. Seit 2004 ist häusliche Gewalt ein Officialdelikt und wird strafrechtlich verfolgt. Dieses Beispiel jahrelanger Knochenarbeit ist zugleich ein Meisterinnenstück feministischer Politik.

Ganze Männer machen Halbe-Halbe

Zur feministischen Avantgarde gehören GB-Frauen auch, wenn es um das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht. Grosse Wirkung hatte ein Vorstoss der damaligen Stadträtin Franziska Teuscher für einen bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung in der Stadt Bern, was 1991 noch eine radikale Forderung war. Seither hat die Stadt Bern – auch dank der GB-Finanzdirektorin Therese Frösch, die hier Prioritäten setzte – das Angebot beharrlich Schritt um Schritt ausgebaut. Damit Männer bei der Kinderbetreuung explizit mitgemeint wer-



Ohne Worte

Rechts: Gewerkschafterin und GB-Stadträtin Christine Michel fordert am 8. März 2007 die NationalrätInnen auf, endlich konkrete Massnahmen zur Umsetzung der Lohngleichheit zu beschliessen.

den, forderte Franziska Teuscher, inzwischen Nationalrätin, 1999 *Ganze Männer machen Halbe-Halbe* und 2001 einen bezahlten Vaterschaftsurlaub. Für beides war die Zeit im Bundeshaus noch nicht reif, beides ist aber inzwischen auch für Personalchefs und Bundesrätinnen ein Thema. Schneller hat die Stadtverwaltung Bern auf Initiative von GB-Stadtrat Michael Jordi 2003 einen dreiwöchigen Vaterschaftsurlaub eingeführt – ein Beispiel für geschlechterpolitisches Teamwork.

Dass Frauenanliegen strukturell verankert werden müssen, war den GB-Frauen früh klar. So hat die erste GB/SAP-Stadträtin Susanna Bürki im GB-Geburtsjahr 1987 ein *städtisches Büro für die Rechte der Frauen* gefordert – ein Anliegen, welches nach jahrelangem Ringen

Solange Migrantinnen kaum eine Lehrstelle finden und Frauen bei gleicher Qualifikation weniger verdienen als Männer, braucht es Frauenpolitik

1996 mit der Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann umgesetzt wurde. Ebenso wichtig ist aber die Vernetzung mit anderen Frauen, z.B. beim nationalen Frauenstreik 1991, im *14. Juni-Komitee* oder heute über die *marche mondiale des femmes*. Solange Migrantinnen kaum eine Lehrstelle finden und Frauen bei gleicher Qualifikation weniger verdienen als Männer, braucht es



Frauenpolitik. Die GB-Frauenbilanz ist imposant: Frauendoppel im Nationalrat, Frauenstafette im Berner Gemeinderat, erste Frauenfraktion im Grossen Rat und der höchste Frauenanteil im Stadtrat. Was bei anderen Parteien der Ausnahmefall ist, ist beim GB der Normalfall: *Ladies first!*

ExponentInnen des Grünen Bündnis

■ StadträtInnen Bern

1985 – 1989	Susanna Bürki (zuerst SAP)
1989 – 1990	Barbara Gurtner (1981 – 1983 POCH)
1989 – 1990	Franziska Teuscher
1989 – 1993	André Seydoux
1989 – 1999	Ursula Hirt
1990 – 1994	Heidi Schmocker
1990 – 2001	Regula Keller
1993 – 1993	Dora Bieri
1993 – 2002	Peter Sigerist
1993 – 1995	Margrith Göldi Hofbauer
1993 – 2001	Eva von Ballmoos-Keller
1994 – 2005	Michael Jordi
1995 – 1996	Marc Hofer
1996 – 1999	Maria Regli Schmucki
1997 – 2004	Annemarie Sancar-Flückiger
1999 – 2004	Doris Schneider
1999 – 2006	Catherine Weber
2001 –	Natalie Imboden
2002 – 2005	Martina Dvoracek
2005 –	Hasim Sancar
2005 –	Franziska Schnyder

2005 –	Myriam Duc
2005 –	Urs Frieden
2005 –	Karin Gasser
2006 – 2006	Stefanie Arnold
2007 –	Christine Michel
2007 –	Cristina Anliker-Mansour

■ GemeinderätInnen Stadt Bern

1992 – 2004	Therese Frösch
2005 –	Regula Rytz

■ GrossrätInnen*

1990 – 1995	Franziska Teuscher
1990 – 1998	Barbara Gurtner
1990 – 2000	Roland Sidler
1994 – 2006	Franziska Widmer
1994 – 2005	Regula Rytz
1995 – 1999	Margrith Göldi Hofbauer
1998 – 2006	Sabine Gresch
1999 –	Corinne Debora Schärer
2000 – 2003	Liliane Laneve-Gujer
2002 –	Blaise Kropf (für die JA!, ab 2006 für das GB)
2003 –	Francois Contini
2005 –	Rita Haudenschild
2006 –	Maria Esther Iannino Gerber,

■ NationalrätInnen*

1995 –	Franziska Teuscher
2003 –	Therese Frösch

* seit 2006 *Grüne Kanton Bern*

■ Politische SekretärInnen und Sekretäre des GB

1993 – 1998	Regula Rytz
1994 – 2000	Nico Lutz
1995 – 1997	Natalie Imboden
1997 – 1999	Isabelle Jordi Ertler
1999 – 2002	Martina Dvoracek
2001 – 2003	Annette Brunner
2002 – 2005	Jacqueline Morgenegg
2003 – 2006	Anne Wegmüller
2005 –	Monika Hächler
2006 –	Reto Moosmann

Parteistärken bei den Wahlen Stadt Bern

Nationalrats-, den Stadtrats- und den Grossratswahlen 1987 – 2006 (in %)

Tabelle: Werner Seitz

Parteien	NRW 1987	StRW 1988	GRW 1990	NRW 1991	StRW 1992	GRW 1994	NRW 1995	StRW 1996	GRW 1998	NRW 1999	StRW 2000	GRW 2002	NRW 2003	StRW 2004	GRW 2006	Parteien
PdA		0.7			0.6									1.6	2.8	PdA
GPB (DA)	3.4	2.9	4.0	3.1	3.2	2.3	1.6	1.3	1.3		1.5			1.8		GPB (DA)
GB (/JA!)	5.3	7.3	6.5	4.2	7.9	8.3	5.7	10.5	10.9		9.5	15.2		11.9	12.2	GB (/JA!)
GFL	10.6	8.2	10.0	10.8	6.2	7.0	6.7	5.2	5.9		5.9	8.6		11.6	17.5	GFL
GB/GFL										12.8			18.2			GB/GFL
alle Grüne	19.3	18.5	20.5	18.1	17.3	17.6	14.0	17.0	18.1	12.8	16.9	23.7	18.2	25.3	29.7	alle Grüne
SP	26.1	23.5	27.0	26.2	27.4	26.8	33.7	32.8	31.4	37.9	34.1	29.9	38.2	29.1	26.3	SP
SP+Grüne	45.4	41.9	47.5	44.3	44.7	44.4	47.7	49.8	49.4	50.7	51.0	53.6	56.4	54.3	55.9	SP+Grüne
LdU	4.3	2.7	2.9	3.7	2.5	3.0	2.7	2.5	1.9	0.9						LdU
EVP	3.2	3.3	3.4	3.1	3.5	3.5	3.3	3.3	3.7	2.9	3.0	4.3	3.4	3.6	5.0	EVP
Mitte	7.5	6.1	6.3	6.8	6.0	6.5	6.0	5.8	5.7	3.9	3.0	4.3	3.4	3.6	5.0	Mitte
FDP	18.5	20.3	19.2	15.6	18.3	20.9	16.8	17.8	20.1	18.4	20.7	17.2	15.8	18.1	15.8	FDP
CVP	4.2	5.1	4.1	4.1	4.0	3.6	3.5	3.4	3.4	3.6	3.8	3.4	3.9	3.9	4.2	CVP
SVP	9.8	9.9	10.0	9.5	9.3	10.5	9.3	9.3	10.4	13.6	13.6	13.8	14.5	12.9	11.3	SVP
Bürgerliche	32.5	35.3	33.3	29.2	31.6	35.0	29.6	30.5	33.9	35.6	38.1	34.5	34.2	34.9	31.4	Bürgerliche
SD (NA)	6.5	7.9	6.3	9.0	5.8	4.8	6.7	5.7	5.3	4.5	3.1	4.1	2.9	2.8	3.0	SD (NA)
EDU	1.7	1.3	1.7	2.0	1.9	1.6	2.1	1.8	1.6	1.5	1.2	1.6	1.5	1.3	1.4	EDU
FP (AP)	2.7	5.4	3.2	6.1	6.9	5.8	6.2	3.2	2.8	2.1	0.8	1.1	0.7			FP (AP)
kleine Rechte	10.9	14.6	11.2	17.1	14.7	12.2	14.9	10.7	9.6	8.2	5.1	6.7	5.1	4.1	4.4	kleine Rechte
Diverse	3.8	1.3	1.6	2.6	2.3	1.9	1.7	3.1	1.4	1.7	2.7	0.8	1.0	1.4	0.4	Diverse
Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	Total

20 Jahre Grünes Bündnis – eine Chronologie

1987

Parteien und Bewegungen schliessen sich zusammen

Seit Anfang Jahr informelle Kontakte zwischen SAP und POCH. POCH-Grüne schlagen für die Nationalratswahlen eine überparteiliche *Grüne Liste* vor. Die SAP beschliesst am 7. Kongress die Lancierung eines neuen grün-alternativen, pluralistischen Projekts.

03.06. Erste Vollversammlung der Grünen Liste/Grünes Bündnis im Restaurant *Innere Enge* mit über 100 Personen aus POCH, SAP, PdA, DA und diversen Bewegungen.

24.06. Zweite Vollversammlung: Plattformdiskussion und Namensgebung.

18.10. Teilnahme an Nationalratswahlen. Verlust des Mandats.

09.12. Vollversammlung beschliesst: Es können nur noch Personen Mitglied sein, die keiner anderen Partei angehören. PSA und PdA verlassen das GB.

19.12. Platzkundgebung *Solidarität mit PalästinenserInnen* von GB und Solikomitees.

1988

Das Grüne Bündnis steht auf eigenen Beinen

Januar Erstes GB-Info erscheint; Kontaktadresse an der Herrengasse; politisch-organisatorische Arbeit an der Neubrückstrasse 17. POCH als Partei beschliesst, sich nicht aufzulösen.

Februar GB unterstützt für die Berner Gemeindewahlen 1988 (gemeinsam mit SP, FL, JB, POCH, DA) eine Liste für eine RotGrünAlternative-Mehrheit. Projekt scheitert. Gründung GB Biel in Vorbereitung.

25.02. Veranstaltung *DDR-Betonköpfe gegen Glasnost* mit Vera Wollenberger (Bürgerrechtlerin aus der DDR).

10.03. Stadtrat nimmt Motion von Susanne Bürki, Stadträtin SAP/GB, zur Schaffung eines Büros zur Wahrung der Frauenrechte an.

31.03. GB lanciert Petition *Generell Tempo 30 ermöglichen*.

Mai Veranstaltung *Kultur und Widerstand* organisiert von GB und AG Kino Reitschule.

12.06. Die schweizerische Volksinitiative (von POCH, SAP, PdA und PSA) zum Rentenalter 62/60 wird abgelehnt.

Juli GB lanciert Referendum gegen Zivilschutzbunker in der Stadt Bern.

August GB sammelt Unterschriften für kantonales *Referendum gegen die Wirtschaftsförderung*.

September Unterschriftensammlung für die Doppelinitiative *Tempo 30 und Verkehrspolitik vors Volk*.

Herbst Gemeindewahlen in Bern mit gemeinsamer Gemeinderatsliste mit Barbara Gurtner (GB), Luzius Theiler (DA) und Beat Schneider (POCH).

November GB organisiert zusammen mit der AG Kino Reitschule einen

Veranstaltungszyklus zu Erich Fried. Das neugegründete GB Biel nimmt an den Bieler Gemeindewahlen teil und erringt vier Parlamentsmandate.

Die vom GB Bern mitgetragene Petition *Recht auf Wohnraum* wird mit 3000 Unterschriften eingereicht.

12.11. Gründungsversammlung des Grünen Bündnis Schweiz.

04.12. Gemeindewahlen Bern: Das GB erreicht 4 Sitze im Stadtrat (plus 3);

Grüne Fraktion mit GB, POCH und DA.

1989

Die Mauer fällt – die Armee zittert

Januar GB engagiert sich für die G50A-Armeeabschaffungsinitiative.

April Der Widerstand gegen ein Schweizerisches Armeemuseum im Nordquartier wird vom GB unterstützt. Veranstaltung mit Winfried Wolf zu *Verkehrssalat und Autogewaltschaft*.

August Vollversammlung zur Situation in China nach Tienanmen-Massaker.

September GB-NEIN-Parole zur NEAT-Abstimmung.

21.10. Sekretariatsgemeinschaft GB/G50A organisiert erstes Politfestival *Stop the Army* auf dem Bundesplatz.

26.11. Abstimmung in der Stadt Bern: *Verkehrspolitik vors Volk* wird knapp abgelehnt (578 Stimmen fehlen), *Tempo 30* befürworten 4 von 10.

35,6% JA zur Abschaffung der Armee.

Herbst GB ergreift zusammen mit der Grünen Fraktion Referendum gegen

Jubiläumstfeier *Bern 800*.

Dezember GB ruft für Grossratswahlen 90 zu *Einer offenen Liste für das andere Bern* auf.

Gegen den Schnüffelstaat und für Krippenplätze

03.03. Sekretariatsgemeinschaft Neubrückstrasse organisiert Demonstration *Schluss mit dem Schnüffelstaat*.

April Der Kredit für *Bern 800* wird mit einer Mehrheit von 390 Stimmen knapp angenommen. GB lanciert *Krippeninitiative*, für genügend Krippenplätze in der Stadt Bern.

29.04. Grossratswahlen in Bern: Das GB erringt drei Mandate.

23.09. National: JA zum Atom-Moratorium, NEIN zum Atom-Ausstieg.

September GP/DA und restliche POCH fusionieren zur Grünen Partei Bern (GPB).

Oktober GB bereitet mit anderen Organisationen eine Initiative für AusländerInnenstimmrecht vor.

November GB-Veranstaltung mit Eduardo Galeano (uruguayischer Schriftsteller) mit 400 Personen. GB setzt sich für Erhalt der Reitschule und gegen SD-Abbruch-Initiative ein. GB-Schwesterpartei SGA (Sozialistisch-Grün-Alternative) gewinnt im Kanton Zug mit Hanspeter Uster einen Sitz in der Exekutive.

1991

- März** Das vom GB initiierte Referendum gegen den städtischen Atomkriegsbunker kommt zustande.
- 14.06.** Erster nationaler Frauenstreik; GB und Therese Frösch, damals VPOD-Sekretärin, gehören zu den engagierten Berner Organisatorinnen.
- Juni** GB unterstützt das IWF-Referendum.
- Juli** GB diskutiert kontroverse Positionen zu EWR/Europa.
- 22.08.** Zusammen mit GSoA, SCI, cfd ruft das GB anlässlich des Einmarsches der Sowjetunion im Baltikum zur Defilee-Blockade auf.
- 03.10.** Auf Einladung der AG Internationales des GB und des cfd spricht Chalida Messoudi über *Das Algerien der Frauen*.
- Oktober** GB beteiligt sich am Protest gegen kantonale Finanzpolitik und fordert Teuerungsausgleich.
- 10.10.** Nationalratswahlen: Das GB verpasst knapp einen Nationalratsstz.
- 27.11.** Veranstaltung gegen Fremdenfeindlichkeit mit Jürg Frischknecht.
- Dezember** GB trägt Antikriegskampagne der GSoA zu Ex-Jugoslawien mit.

1992

- Februar** GB-Vollversammlung beschliesst Teilnahme an Gemeinderatswahlen mit Therese Frösch auf der RotGrünMitte-Liste (RGM).
- 15.05.** GB sagt Nein zum IWF-Beitritt der Schweiz.
- Sommer** Gründung der Jungen Alternative JA! (Bürogemeinschaft mit GB und GSoA).
- 27.08.** GB-Veranstaltung mit dem Polit-Liedermacher Wolf Biermann.
- August** GB organisiert mit JA! und GSoA Aktion *Kaserne umnutzen statt Gewehre putzen* zur zivilen Umnutzung des Kasernenareals in der Stadt Bern.
- 04.10.** Ablehnung der Initiative *Kinderkrippen statt Wartelisten* mit 45% JA-Stimmen.
- Oktober** Frauenaktionskomitee empfiehlt Wahl der Gemeinderatskandidatinnen Therese Frösch und Joy Matter. GB beschliesst nach kontroversen Diskussionen Stimmfreigabe zur EWR-Abstimmung.
- 17.11.** RotGrünMitte-Sparkarawane gegen städtische Sozialbaupolitik.
- 06.12.** Gemeindewahlen Stadt Bern: Das RotGrünMitte-Bündnis gewinnt die Mehrheit; Therese Frösch wird Gemeinderätin und GB hat neu sechs StadträtInnen.
- Dezember** Neue Stadtrats-Fraktion heisst *Grüne und Junge*.
Permanente GB-Sekretariatsstelle: Wahl von Regula Rytz.

1993

- 15.05.** **Arbeitsloseninitiative Zäme schaffe gegen die Wirtschaftskrise**
GB aktiv bei Stop F/A-18 Initiativen. Die GB/GSoA-Sekretariatsgemeinschaft organisiert Stop F/A-18 Festival.
- 26.09.** GB sagt Nein zur Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes.
- Oktober** GB lanciert gemeinsam mit anderen Organisationen die kant. Arbeitsloseninitiative *zäme schaffe*.
- 28.11.** GB sagt Nein zur Einführung der Mehrwertsteuer.

1994

- März** **Grundrechte verteidigen – Sozialabbau verhindern**
GB-Veranstaltungszyklus zu *Sicherheit durch Solidarität*.
- April** GB unterstützt das nationale Referendum gegen Zwangsmassnahmen im AusländerInnenrecht.
- 17.04.** Grossratswahlen: Das GB erhöht Mandatszahl um 2 (neu 5 GR).
- 12.06.** GB sagt Ja zu den UNO-Blauhelmen.
- 04.12.** GB koordiniert Abstimmungskampagne zur Einführung des AusländerInnenstimmrechts im Kanton Bern. Ablehnung.

1995

- Frühjahr** **Proteste gegen Sozialabbau beim Rentenalter für Frauen**
GB sammelt Unterschriften für *Initiative für eine Zwischennutzung von leerstehendem Wohnraum* der Jungen Alternative JA!
- 25.06.** GB unterstützt vehement das gewerkschaftliche NEIN gegen die Erhöhung des AHV-Rentenalters für Frauen.
- 09.09./07.10.** GB ist an Organisation von zwei Demos gegen Atomtests beteiligt.
- Oktober** Nationalratswahlen: Franziska Teuscher wird auf der Liste *Grünes Bündnis und GewerkschafterInnen* in den Nationalrat gewählt.

1996

- Februar** **Soziale Finanzpolitik zahlt sich aus**
GB-Info erscheint mit einer eigenen Bieler Seite.
- 10.03.** Die kantonale Arbeitsloseninitiative *zäme schaffe* wird abgelehnt. Die GB-Arbeitsgruppe Bildungspolitik engagiert sich gegen *Numerus clausus*.
- Mai** GB lanciert in der Stadt Bern mit der IG Velo und dem VCS Bern eine Initiative zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs.
- Dezember** Gemeindewahlen in Bern: Therese Frösch mit bestem Resultat als Gemeinderätin wiedergewählt. Das GB hat neu 7 StadträtInnen.

1997

- 19.02.** **10 Jahre Grünes Bündnis: Wir schauen in die Zukunft**
GB Veranstaltung zum Antisemitismus mit Daniel Ganzfried.
- Frühjahr** GB engagiert sich im Komitee *Demokratie muss sein – Polizeigesetz Nein* gegen das kantonale Polizeigesetz.
- 19.03.** Orientierungsveranstaltung *Kantonalbank vors Volk* mit Roland Sidler (GB Biel).
- Juni** Gründung des Grünen Bündnis Köniz.
- Sommer** Das GB engagiert sich im Komitee *Schanzentunnel Nein – Bern ohne Stadtautobahn*.
- August** Regula Rytz kandidiert für das GB für die Regierungsratswahlen 1998.
- Oktober** Das GB feiert seinen zehnten Geburtstag mit einem Fest, einer Festschrift *10 Jahre bewegt!* und einer Veranstaltung mit dem Genfer Politologie-Professor Hans-Peter Kriesi: *Geht der Politik die Bewegung aus?*
- November** Unterstützung der Kundgebung gegen einseitige Sparmassnahmen zu Lasten des Personals.

1998

- Januar** **Direkte Demokratie für Friedenspolitik und eine sozialere Schweiz**
Peter Saxenhofer und Rita Haudenschild vertreten das GB im Grossen Gemeinderat Köniz. Peter Saxenhofer ist schon seit 1992 für die Demokratische Alternative im Parlament.
- Februar** GB setzt sich für ein Ja zur Genschutz-Initiative ein und lehnt die *Gen-Lex-Vorlage* ab.
- März** GB unterstützt die GSoA-Initiativen für einen zivilen Friedensdienst und eine Schweiz ohne Armee. Das Grüne Bündnis goes Internet.

- April GB-Stimmengewinne bei den Grossratswahlen in den Wahlkreisen Bern Stadt, Bern-Land, Biel.
- 24.04. Mit lancierung der Zwillings-Initiativen *Strom ohne Atom* und *Moratorium Plus*.
- Juni Grossratsfraktion *Grünes Bündnis und Autonomisten* (GBA).
- September GB unterstützt Volksinitiativen der Gewerkschaften für eine sozialere Schweiz.
- November Das Grüne Bündnis Biel feiert sein 10-jähriges Jubiläum.
GB-Veranstaltung zum Thema Demokratisierung der Polizei:
Von Honolulu bis Hamburg.
- Dezember Sabine Gresch ersetzt als jüngste Kandidatin auf der Grossratsliste Barbara Gurtner im Grossen Rat. Unterstützung der Lehrstelleninitiative Ipa.

1999

Wiederwahl von Franziska Teuscher – Listenverbindung mit der GFL

- April GB setzt sich für ein doppeltes Nein bei der Abstimmung über das Asylgesetz ein.
- Juni Die städtische Initiative für ein Wohnnutzungsreglement wird abgelehnt.
- Juni / Juli Ursula Hirt tritt nach 10 Jahren im Parlament zurück. Nachfolgerin wird Catherine Weber.
- August GB unterstützt die von der VCS Regionalgruppe Bern lancierte Initiative *Für ein Bern ohne Neufeld-Tunnel*.
- 24.10. Wiederwahl von Franziska Teuscher auf gemeinsamer Liste mit der GFL in den Nationalrat.
- Dezember GB setzt sich für ein Ja zur *Initiative für die Halbierung des motorisierten Verkehrs* ein.
- April 99 Corinne Schärer folgt im Grossen Rat auf Margrith Göldi Hofbauer.

2000

gb-Frauenfraktion im Grossrat – Aktiv gegen AKW

- Februar Peter Saxenhofer tritt aus dem Grossen Gemeinderat GGR Köniz zurück.
Nachfolgerin wird Sabine Herren.
- März GB-Infoblatt erscheint neu als gb.links.
JA zur Verkehrshalbierungs-Initiative und JA zu Frauen-Quoten in der Bundespolitik.
8. März GB unterstützt den weltweiten Marsch von Frauen gegen Gewalt und Armut (marche mondiale des femmes).
GB bekämpft die eidg. 18%-Initiative *Für eine Regelung der Zuwanderung*.
Auf kantonaler Ebene: Ja zur Initiative *Bern ohne Atom – BoA*.
Auf städtischer Ebene ist das GB aktiv für ein Nein zur Mogel-Initiative *Reitschule für alle*.
- September Mit dem Wechsel von Roland Sidler (Biel) zu Liliane Laneve-Gujer stellt das GB die erste reine Frauenfraktion im Grossen Rat.
- 22.09. 1. Aktionstag *In die Stadt – ohne mein Auto!* in Bern (Vorstoss Annette Brunner, GB/JA!-Fraktion).

2001

Beobachterstatus in der Grünen Partei der Schweiz

- Januar Regula Keller tritt nach 10 Jahren aus dem Stadtrat zurück. Die neue GB-Stadträtin Natalie Imboden wird ihre Nachfolgerin als Fraktionspräsidentin.
- März Das Grüne Bündnis beantragt den Beobachterstatus in der Grünen Partei der Schweiz.
- September GB-Veranstaltung mit attac über globale Gerechtigkeit und lokales Handeln.
13.10. GB unterstützt die Kundgebung *Stopp den Krieg: Für globale Gerechtigkeit!* gegen den Krieg der USA gegen Afghanistan.
- Dezember GB sagt JA zu den GSoA-Doppelinitiativen zum Zivilen Friedensdienst und zur zweiten Armeeausschaffungsinitiative, JA zur Kapitalgewinnsteuer-Initiative und zur grünen Initiative *für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit* besteuern. GB setzt sich national und in der Stadt Bern gegen den Poststellenabbau ein.

2002

Das GB tritt der GPS bei – Aus für Berner Olympia-Pläne

- Januar Mit Annemarie Sancar übernimmt das GB zum ersten Mal das Berner Stadtratspräsidium.
- Februar GB sagt JA zu Verkehrsberuhigung im Länggass-Quartier, aber ohne Neufeldtunnel.
- März Dank GB-Stadträtin Doris Schneider kurvt das Aktionstram *Gleichstellung von Frauen und Männern* durch Bern. Tagung der GB-Arbeitsgruppe Bildung zum Thema: *Schule ohne Ausgrenzung*.
- 14.04. Das GB gewinnt bei den kantonalen Wahlen weitere Wähleranteile. Für das GB politisieren 5 ParlamentarierInnen im Grossen Rat. Blaise Kropf wird JA!-Grossrat. Franziska Teuscher fehlen nur 1500 Stimmen zur Wahl in den Regierungsrat.
- Juni GB reicht zusammen mit anderen Organisationen das Referendum gegen die neue Flughafenzufahrt Belp ein. Abstimmungserfolg für die *Fristenlösung* bei Schwangerschaftsabbruch.
- Juli Peter Sigerist tritt nach 10 Jahren aus dem Stadtrat zurück.
Seine Nachfolgerin ist Martina Dvoracek.
- August Urs Maibach übernimmt das Mandat von Sabine Herren als Mitglied des Grossen Gemeinderates GGR von Köniz.
- 24.08. Das Grüne Bündnis tritt der Grünen Partei Schweiz (GPS) bei.
- September GB gewinnt auf kantonaler Ebene das von ihm lancierte Referendum: *Nein zu 7.5 Mio. Franken für Olympia 2010*.

2003

Proteste gegen Bundesratswahl

- Februar Veranstaltung der AG Frauenpolitik zum Thema *Halt Gewalt – eine Zwischenbilanz*. Teilnahme an der Demonstration *Nein zum Krieg gegen den Irak – Kein Blut für Öl!*.
- Mai Therese Frösch wechselt von der Finanzdirektion zur Direktion für Soziale Sicherheit.
- August Das Grüne Bündnis kämpft kantonal erfolgreich gegen das unsoziale Steuerpaket.
- September GB und GFL organisieren mit UmweltexpertInnen eine Tagung zum Thema *Politik im Zeichen des Klimawandels*.
- Oktober GB-Veranstaltung zur städtischen Kulturpolitik.
GB ruft für die National- und Ständeratswahlen zu einem *Klimawandel im Bundeshaus* auf. Neben Franziska Teuscher zieht neu Therese Frösch in den Nationalrat ein.

Dezember Proteste nach der Abwahl von Bundesrätin Ruth Metzler und der Wahl von Christoph Blocher: Franziska Teuscher und Natalie Imboden sprechen an der Frauentage vom 13.12 mit 15 000 Teilnehmenden *Gegen die Patriarchen im Bundesrat*. GB hilft bei der Gründung der *Mobilitätskonferenz Region Bern* mit, die eine nachhaltige Verkehrspolitik fordert.

2004

Regula Rytz wird Gemeinderätin –

Schweiz erhält eine Mutterschaftsversicherung

Februar Strassenaktionen gegen die AVANTI-Vorlage, welche abgelehnt wird.
März GB schlägt Gründung einer gemeinsamen kantonalen Partei *Grüne Bern* und eine gemeinsame Grüne Fraktion vor. Regula Rytz wird von der Mitgliederversammlung zur ersten Präsidentin des GB gewählt.
Mai GB setzt sich für die Lohngleichheit für Frau und Mann ein. GB macht sich mit Erfolg für die Einführung einer Mutterschaftsversicherung stark (Abstimmung Revision Erwerbsersatzordnung).

Dezember Die Gemeindewahlen sind ein grüner Erfolg: Regula Rytz wird mit 19 Stimmen Vorsprung vor Alec von Graffenried in den Gemeinderat gewählt und damit Nachfolgerin von Therese Frösch. GB gewinnt im Stadtrat zwei Sitze und hat nun 8 Sitze. (neu: 9.3%-Anteil, 2000: 6.9%): Es ziehen neu Myriam Duc, Urs Frieden, Karin Gasser und Hasim Sancar in den Stadtrat ein.

2005

GB-Veranstaltungsreihe zu Globalisierung – Föderationsdiskussion mit GFL

3-3 Michael Jordi tritt nach 11 Jahren im Stadtrat zurück. Seine Nachfolgerin ist Franziska Schnyder.

Februar Nachfolgerin von Regula Rytz im Grossen Rat wird Rita Haudenschild aus Köniz. GB-Podiumsveranstaltung der AG Migration zum Thema *Sozialer Staat – nur für Brave?* Gemeinsamer Workshop von GB und die GFL über Form der Zusammenarbeit im Kanton.

März Hansueli Pestalozzi übernimmt Mandat von Rita Haudenschild im Grossen Gemeinderat Köniz. Rita Haudenschild übernimmt einen Grossratsitz.

April GB startet Veranstaltungsreihe *Globalisierung und Marktköffnung vor der eigenen Haustüre* mit dem Thema *NGO und Protestbewegungen zwischen Widerstand und Professionalismus*. Der GB-Ausschuss spricht sich für ein Modell *Föderation* mit der GFL aus. GB-Veranstaltung: *Ist mit Markt im Gesundheitswesen Staat zu machen?*

August GB präsentiert Positionspapier zu Energiepolitik in Bern: *Mehr grüne Kraft für EnergieWasserBern ewb*.

07.09 GB-Veranstaltung zum Thema: *Energiepolitik unter Strom?*.

September Lancierung von zwei GB-Petitionen: *Nordquartier zum Leben – Verkehrsberuhigung jetzt!* und *Tempo 30 auf der Länggass-Strasse und verkehrsberuhigende Massnahmen*.

20.10 Franziska Teuscher übernimmt GB-Kantonspräsidium von Regula Rytz. GB-Veranstaltung zum Thema: *Geld und Güter*.

November Nein zur Initiative *Keine Sonderrechte für die Reitschule*.

18.11 Therese Frösch wird Fraktionspräsidentin. GB-Mitglieder beteiligen sich an der Gründung der Grünen Bern-Mittelland.

29.11 GB-Veranstaltung: *Waffenausfuhr in Krisengebiete – Ist die schweizerische Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik am Ende?*

Dezember Martina Dvoracek tritt aus dem Stadtrat zurück. Nachfolgerin wird Stefanie Arnold. Rita Haudenschild wird in die Könizer Exekutive gewählt.

2006

Grüne Bern wird beschlossen

– Bernhard Pulver wird grüner Regierungsrat

Januar Liz Fischli übernimmt Mandat im Grossen Gemeinderat Köniz
21.02 Gemeinsame Vorstandssitzung von GB und GFL verabschiedet Leitbild und Statuten der *Grünen Bern*. GB-Podiumsdiskussion zum Thema: *Feinstaub-Alarm: Wer schützt unsere Gesundheit?*

April GB sagt *Nein zu Steuermillionen für den Flughafenbau* und sammelt für das Referendum.

09.04 Grossratswahlen: Grüne legen in sämtlichen Wahlkreisen zu (Ausnahme: Oberland). Stimmenanteil wurde um 40% ausgebaut, beträgt neu 12.9% und die Fraktion besteht aus 19 Personen. Wahl von Bernhard Pulver in den Regierungsrat.

15.05 GB-Mitgliederversammlung stimmt der Föderation GB-GFL *Grüne Bern* einstimmig zu und feiert anschliessend mit der GFL im Kornhaus. Das Grüne Bündnis Bern ist somit neu eine Sektion der *Grünen Kanton Bern*. Franziska Teuscher wird Co-Präsidentin der Grünen Kanton Bern zusammen mit Johanna Wälti (GFL). GB ruft auf zur Teilnahme an der schweizweiten Grossdemonstration: *Wir sind die Schweiz – 2 x Nein zu Asyl- und AusländerInnengesetz*.

20.09. Natalie Imboden wird zur Präsidentin GB Stadt Bern gewählt.

September GB unterstützt Initiative für familienfreundliche Tagesschulen, welche am 27.09. eingereicht wird. Veranstaltung AG Bildung: *Schule ohne Ausgrenzung ist möglich!*

17.10 Blaise Kropf wird Co-Präsident der Grünen Kanton Bern zusammen mit Barbara Schwickert (Grüne Biel).

November Podium AG Frauenpolitik zu Vaterschaftsurlaub: *Ganze Männer machen Halbe-Halbe*. GB-Veranstaltung zu Stadtentwicklung: *Bern – eine Stadt im Wandel*.

2007

GB feiert sein 20-jähriges Jubiläum

Januar Neue Köpfe in der Stadtratsfraktion: Cristina Anliker ersetzt Catherine Weber. Für Stefanie Arnold rutscht Christine Michel nach. Grüne Bern nominieren aus der Sektion GB Bern Therese Frösch, Franziska Teuscher, Natalie Imboden, Blaise Kropf und Corinne Schärer für die Nationalratswahlen. Franziska Teuscher kandidiert für den Ständerat.

Februar Das GB reicht Einsprache gegen das Projekt Wankdorfkreisel ein.

März GB Stadt sagt NEIN zur Kantonalisierung der Polizei (police Bern).

8. Juni GB feiert im PROGR mit einem grossen Fest seinen 20. Geburtstag.

So ist das Grüne Bündnis Bern organisiert

■ Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Grünen Bündnis. Sie tritt mindestens 2 mal jährlich zusammen und ist in der Regel öffentlich. Stimmberechtigt sind alle Mitglieder des Grünen Bündnis.

■ Präsidium

Das Präsidium besteht aus einer oder zwei Personen, wobei beim Co-Präsidium mindestens eine Frau vertreten sein muss.

■ Leitender Ausschuss

Der Leitende Ausschuss wird von der Mitgliederversammlung jeweils für ein Jahr gewählt. Die Wiederwahl ist möglich. Zur Wahl stellen können sich alle interessierten Mitglieder. Die Sitzungen des Leitenden Ausschusses sind für alle Mitglieder des Grünen Bündnis offen.

■ Arbeitsgruppen

Die Arbeitsgruppen des Grünen Bündnis Bern bearbeiten inhaltlichen Themen. Derzeit gibt es beim Grünen Bündnis folgende drei Arbeitsgruppen:

- AG Frauenpolitik
- AG Ökologie
- AG Migration und Internationales

Nähere Informationen zu den Ansprechpersonen und den Sitzungsterminen der Arbeitsgruppen sind auf der Webseite www.gbbern.ch zu finden und auf dem Sekretariat erhältlich.

Ausserdem engagiert sich das Grüne Bündnis in der kantonalen Arbeitsgruppe Bildungspolitik. Information und Kontakt: via Sekretariat des Grünen Bündnis. Tel. 031 301 82 09.

■ Mitgliedschaft beim Grünen Bündnis Bern

Wer sich beim GB Stadt Bern engagieren oder Mitglied werden will, meldet sich auf dem Sekretariat. Es finden regelmässige Treffen statt für Neumitglieder und Interessierte. Auch SympathisantInnen könne das GB unterstützen: Interessierte melden sich bitte auf dem Sekretariat.

■ Publikationen des Grünen Bündnis

Das Grüne Bündnis publiziert regelmässig die Informationszeitung gb.links. Das gb.links erscheint 4 – 6mal pro Jahr und wird allen Mitgliedern zugestellt. Von Nichtmitgliedern und SympathisantInnen kann das gb.links für den Preis von Fr. 20.- für Verdienende und Fr. 10.- für Nichtverdienende abonniert werden.

Etwa alle zwei Monate erscheint der gb.Mitgliederbrief. Dieser versorgt alle Mitglieder mit aktuellen Informationen, weist auf Veranstaltungen hin und gibt Auskunft über laufende politische Kampagnen.

Unregelmässig produziert das Grüne Bündnis zu aktuellen Themen Zeitungen, welche an möglichst viele Leute verteilt werden.

■ Kontakt

Grünes Bündnis Bern
Postfach 6411
3001 Bern
Tel. 031 301 82 09/Fax 031 302 88 78
sekretariat@gbbern.ch





Grünes Bündnis

